Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1.80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/2 9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 58. **Bielefeld, Mittwoch, 10. März 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Ostelbien — demokratisiert!

Wir entnehmen nachstehende Kritik einer Broschüre, welche schon jetzt von unseren Gegnern weidlich ausgenutzt wird, die uns aber noch nicht zugegangen ist, dem „Hamburger Echo", weil sie, die Kritik, uns mit großer Objektivität geschrieben zu sein scheint.

Ostelbien demokratisiert — das Junkertum vom Bauerntum erobert — das Latifundium von der Parzelle verdrängt — ein wunderliches Zukunftsbild, um so wunderlicher, da es als nahes „Endziel" der wirtschaftlichen Entwicklung, unterstützt von der planmäßigen Agrarpolitik der norddeutschen Sozialdemokratie, prognostiziert resp empfohlen wird.

Es ist die Quintessenz einer Broschüre*), welche die Haltung unsrer süddeutschen Landtagsfraktionen auf dem Nürnberger Parteitag in der Budgetbewilligungsfrage stramm und mit polemischer Wucht zu rechtfertigen versucht.

Welche Lachsalven die Verlesung der einschlägigen Stellen dieser Tage im Zirkus Busch ausgelöst hätte!

Die übrigens gut geschriebene Broschüre enthält trotz solcher Phantastik mancherlei interessante Ausführungen. Dazu rechnen wir auch den zweiten Abschnitt „Der Norden und der Süden — zwei Welten", worin der Auffassung entgegengetreten wird, die leiblicheren politischen und sozialen Verhältnisse im Süden wären lediglich der zurückgebliebenen industriellen Entwicklung zuzuschreiben. Der Unterschied erkläre sich vielmehr aus der Agrarverfassung, indem im Norden der Großgrundbesitz, im Süden das Kleinbauerntum vorherrscht.

„Schon auf dem Lande bildet sich infolgedessen zwischen Besitzenden und Besitzlosen ein instinktives Gefühl des Klassengegensatzes heraus. Wenn dann die Hoffnungslosigkeit, auf dem Lande vorwärts zu kommen, den landwirtschaftlichen Arbeiter in die Stadt und in die Fabrik treibt, wird dieses Gefühl zum deutlich eingesehenen Klassenbewußtsein und flammt erst recht auf." Wozu noch kommt, daß die Großgrundbesitzer das Verlangen ihrer Arbeiter nach genügendem Grundbesitz gar nicht erfüllen können, ohne ihre eigene Existenz als herrschende Klasse des platten Landes zu erschüttern.

Auch jede Verbesserung der industrieproletarischen Lage in den Städten wird von den Großgrundbesitzern bekämpft, weil sonst der Anreiz der Landarbeiter zur Abwanderung noch größer würde. Das wirkt aber wiederum auf die industriellen Großunternehmen und macht diese zu Bundesgenossen der Großgrundbesitzer. Und der vereinten Macht dieser beiden großen Klassen trägt die Staatsgewalt Rechnung, zumal die höheren Staatsbeamten aus denselben hervorgehen.

An diesem auf starken materiellen Interessen sich gründenden Schutz- und Trutzbündnis scheitert seit Jahren die Fortführung der Sozialreform im Reich und jede Erweiterung der Volksrechte, speziell des Wahlrechts, in den norddeutschen Bundesstaaten mit hinreichendem Grundbesitz, wie Preußen, Sachsen, Mecklenburg.

Daran dürfte viel Wahres sein. Aehnliches wurde bereits in einigen Parteiblättern während des Budgetstreites ausgeführt.

Dagegen wird die Behauptung des Verfassers, der kleinbäuerliche Grundbesitz sei dem Großbesitz weit überlegen, sofern er mit den Seinen einen viel höheren Ertrag herauswirtschaften kann, besonders in der Viehzucht, wenig Zustimmung finden. Ueber diese Materie ist ja seinerzeit zwischen den Genossen David und Kautsky eine gründliche Kontroverse gepflogen worden, hauptsächlich bezüglich der sozialistischen Zukunftsgesellschaft. Aber nicht nur in dieser ist der Großbetrieb auch in der Landwirtschaft dem Kleinbetrieb entschieden überlegen, wie Kautsky in seiner Agrarfrage lichtvoll darlegt, er ist es auch schon in der Gegenwart. Denn wenn auch nicht bestritten werden kann, daß gegenwärtig in mancher Hinsicht der Kleinbetrieb gegenüber dem Großbetrieb im Vorteil sein mag, so werden doch diese Vorteile im allgemeinen mehr als ausgeglichen durch allerlei dem Großbetrieb zustatten kommende Faktoren, worauf hier nicht näher eingegangen werden soll.

Nun aber vollends die Schlüsse, die Schulz daraus zieht und die er auf die Tatsache stützt, daß in den letzten Jahrzehnten viele Güter in den östlichen preußischen Provinzen aufgeteilt und bäuerliche Rentengüter geschaffen worden sind durch die Ansiedlungskommission, und andre Grundstücke als Neuansiedlungen mit Rentengutseigenschaft von den Generalkommissionen begeben wurden; daß ferner in den östlichen Provinzen gemeinnützige Kolonisationsgesellschaften in Bildung begriffen resp. bereits mit großem Erfolge tätig sind.

Diese Bewegung, meint Schulz, stehe erst am Anfang und es sei sehr wahrscheinlich, daß sie in den nächsten Jahren in nahezu geometrischer Progression wachsen werde. Die Lage des Großgrundbesitzes in den östlichen Provinzen Preußens gestalte sich immer trüber, namentlich infolge der Landflucht der Arbeiter, zumal die Agrarzölle sich nicht lange mehr auf der bisherigen Höhe halten ließen (?). Der Großbesitz, versichert er, stehe auf tönernen Füßen und er sieht bereits den Zeitpunkt voraus, in welchem Ostelbien Bauernland geworden und zwischen Elbe und Memel auf klein- und mittelbäuerlichen Höfen die Hähne ihr Kikeriki schreien.

Voraussetzung ist für ihn dabei, daß die preußische Sozialdemokratie den Rat Schulzens befolgt, eine Agrarpolitik in dieser Richtung zu treiben. Hinreichend Land für jeden landwirtschaftlichen Arbeiter zu gesichertem Besitzrecht und selbständigem Familienbetrieb müsse als positive Forderung aufgestellt werden. Bekommt der Arbeiter auch bei der staatlich protegierten Landarbeiteransiedlung zunächst auch nur ein Stückchen Land, zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben, „so können wir uns darauf verlassen: er wird nicht eher ruhen und rasten, als bis er genug Land hat, um die Arbeitskräfte seiner Familie darauf voll zu beschäftigen und ohne Zwang zur Lohnarbeit leben zu können". Den Arbeitern dabei zu helfen, dafür zu sorgen, daß sie mit möglichst groß bemessenen Parzellen ausgestattet und bei der Preisbildung derselben nicht benachteiligt werden, müsse der Hauptinhalt unsrer Agrarpolitik in Preußen sein. Dann gute Nacht Junkertum! Die neuen Bauern werden die Junker auskaufen, diese werden nun von den Bauern „gelegt", ihre Güter in Parzellen zerschlagen und Ostelbien wird bald ein Paradies des Kleinbauerntums sein.

Damit nimmt Ostelbien süddeutschen Charakter an und wird demokratisiert und das agrarisch-kapitalistische Bündnis geht aus Rand und Band! — Hübsch ausgedacht.

Weiß denn aber Genosse Schulz nicht, daß alle die Erfolge in der Ansiedlung von Kleinbauern den eigentlichen Kern des Großgrundbesitzes unberührt lassen? Die Junker, soweit sie nicht durch Verlumpung zu Verkäufen gezwungen sind, lassen sich solche gefallen an der Peripherie ihres Besitztums, dessen Größe oft allerdings eine ausgedehnte Bewirtschaftung erschwert. Außerdem bei Gütern, deren Lage und Bodenbeschaffenheit die Rentabilität herabsetzen. Endlich aber und hauptsächlich, um seßhafte Arbeiter zur Hand zu haben. „Der Großgrundbesitzer erzielt die höchsten Roh- wie Reinerträge, wenn er kleinere und mittlere Grundbesitzer, welche ihm Arbeitskräfte liefern und sichere Abnehmer für die von ihm im Ueberfluß erzeugten Produkte sind, in großer Zahl neben und um sich wohnen hat" (v. d. Goltz, zitiert in Kautskys „Agrarfrage").

Schulz weiß das selbst, denn er sagt (S. 20), das Bestreben der Großgrundbesitzer muß darauf hinausgehen, die Parzelle, auf der sie Arbeiter ansässig machen wollen, so abzuzirkeln, daß sie zwar als Mittel zur Verhinderung der Abwanderung wirkt, aber zugleich den Inhaber der Stelle als landwirtschaftliche Lohnarbeitskraft für die benachbarten Großbetriebe erhält. Freilich aber wird die sozialdemokratische Agitation die Landarbeiter (die noch nicht einmal das Koalitionsrecht besitzen!) zur mächtigen Organisation zusammenschließen und so dafür sorgen, daß dem Paroli geboten wird und Junker und Staatsgewalt mit unverbundenen Augen die Totengräber ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht züchten!

Welche Illusion!

Lobenswert ist an der Schrift und bereits in einer kurzen Kritik der „N. Z." anerkannt, daß sie den Gegensatz zwischen Nord und Süd in der Budgetfrage ökonomisch-materialistisch zu begreifen sucht.

Auf das, was sie sonst über den Budgetstreit bemerkt, gehen wir nicht ein, da wir keine Neigung haben, diesen wieder aufzurühren.

*) Arthur Schulz: Oekonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland. Ein Versuch, die Autonomieforderung der süddeutschen Landesorganisationen theoretisch zu begründen. München, G. Birk u. Co. Preis 1,20 Mark.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Nationalliberales. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei, der Sonntag in Berlin eine Sitzung abhielt, nahm auch Stellung zu dem Verhalten der Nationalliberalen bei der Stichwahl in Bingen-Alzey. In einer Erklärung heißt es:

Trotzdem man die Schwierigkeiten, die in der Person des Herrn Korell gelegen haben, anerkenne, bedauere der Zentralvorstand aus prinzipiellen Gründen die Ausgabe der Stichwahlparole für den Zentrumskandidaten, und den Mangel an Disziplin gegenüber den rechtzeitig und dringend geäußerten Wünschen des geschäftsführenden Ausschusses der Gesamtpartei und des Landesvorstandes der nationalliberalen Partei Hessens.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der Zentralvorstand auch mit der Finanzreform; die „Nationalliberale Korrespondenz", die durch Sonderausgabe einen Bericht verbreitet, teilt indessen nur mit, daß Bassermann und Paasche referierten; der Inhalt der Referate wird vorsorglich verschwiegen und die Debatte wird mit der Phrase abgetan, daß durch diese „das Vertrauen zu der von der Fraktion verfolgten Politik auf allen Seiten zum Ausdruck gekommen sei".

Die Reform des Strafrechts. Die zur Reform dieser Materie eingesetzte Kommission von Sachverständigen hat ihre Arbeiten beendet. Der Entwurf wird nun noch redaktionell bearbeitet und soll dann der öffentlichen Kritik unterbreitet werden. Nachdem dann eine weitere Kommission, die aus Strafrechtslehrern und hohen Justizbeamten besteht, unter Berücksichtigung der Kritik ein Gutachten abgegeben hat, erfolgt die weitere gesetzgeberische Behandlung des Entwurfs. Unter diesen Umständen würde der Entwurf dem Reichstage in seiner jetzigen Tagung nicht mehr zugehen können.

Aus dem Reichstag.

In der Finanzkommission wurde am Dienstag die Beratung der **Tabaksteuervorlage fortgeführt.** Der Ministerialdirektor Kühn suchte die Bestimmungen der Banderolensteuer als sehr leicht durchführbar hinzustellen. Nach ihm sprach der Abg. Schmidt-Altenburg (frk.), der gegen die Banderolensteuer die bekanntesten und verbreitetsten Gründe anführte, sowie aus seiner persönlichen Erfahrung als Zigarrenfabrikant nachwies, daß die Banderolensteuer außerordentlich gefährlich und schädigend für die Industrie sei. Da jedoch das Reich in einer schweren Finanznot sei, so sei er der Ansicht, daß auch die Tabakindustrie etwas dazu beitragen könnte. Für seine Person sage er aber, daß die Belastung des Tabaks nie mehr als dreißig Millionen Mark betragen dürfe. In einer Subkommission könne ja über die Form der Besteuerung beraten werden.

Der Abg. Hormann (freis.) erklärte sich ebenfalls gegen die Banderolensteuer und fragte, warum sie der Spezialkommissar der Regierung, Dr. Lißner, nicht auch hier verteidige. Darauf ergriff Dr. Lißner das Wort und führte die aus seiner Schrift bekannten Gründe für die Banderolensteuer an. Er exemplifiziert hauptsächlich auf die amerikanischen Verhältnisse, da dort die Banderolensteuer eingeführt sei und nach keiner Richtung hin Schaden angerichtet habe. Dr. Contze (natl.) erwiderte dem Regierungskommissar, die Vergleichung der amerikanischen mit den deutschen Verhältnissen treffe in keinem Falle zu. Redner gibt dann eine Schilderung der Konsumrückgänge im Jahre 1879 nach der damaligen Zollerhöhung. Er verlas aus einer Denkschrift der Mindener Handelskammer, daß Arbeiterentlassungen infolge Konsumrückganges bis zu 20 Prozent vorgekommen seien und auch im Bielefelder Kreise sei die Arbeitszeit damals auf halbe Tage beschränkt worden; auch der Lohn sei um 10 bis 20 Prozent herabgedrückt worden.

Kreth (kons.) tritt noch einmal für höheren Schutz des deutschen Tabaks ein. Der Zentrumsabgeordnete Sittart wandte sich scharf gegen die Banderolensteuer. Die Tabakindustrie verdiene wegen ihrer eigenartigen Verhältnisse mehr Rücksichtnahme. Jetzt sage die Regierung, 80 Millionen müssen wir aus der Tabaksteuer haben. Warum hält sie denn nicht an den 40 Millionen Mark Zuckersteuer fest, wenn die Finanzverhältnisse im Reiche gar so traurige sind? Schatzsekretär Sydow erklärt darauf, die Regierung müsse an dieser Steuervorlage festhalten und wenn die Tabaksteuer nicht genehmigt werde, werde die Tabakindustrie nicht zur Ruhe kommen.

Kaden (Soz.) meint darauf, es sei also auf den Ruin der Tabakindustrie abgesehen. Aber mancher Minister habe schon gesagt, die Sache werde nicht zur Ruhe kommen und mancher Minister kam dann noch eher zur Ruhe. — Kaden ging dann näher auf die speziellen Verhältnisse der Tabakindustrie ein. In derselben seien mehrere Tausende von Schwächlichen, Gebrechlichen und Krüppeln beschäftigt. Das Reich wolle Geld haben und vernichte diese Schwächlichen und Gebrechlichen. Das bringe dem Reiche kein gutes Ansehen. Wenn es Geld brauche, solle es sich an die Besitzenden wenden. Der Schatzsekretär hätte bei den direkten Steuern ebenso forsch auftreten sollen wie jetzt bei der Tabaksteuer. — Redner verlangt, daß in der Hauptkommission über die Banderolensteuer abgestimmt werde und daß diese nicht an eine Subkommission gegeben werde.

Aus dem Landtag.

Der Seniorenkonvent hat sich heute über die Geschäftslage schlüssig gemacht. Daß der Etat noch vor Ostern fertig wird, sei völlig ausgeschlossen; man will aber wenigstens dahin wirken, daß der Eisenbahn-Etat in zweiter Lesung noch vor den Osterferien erledigt werden kann, damit die zahlreichen Bauten, die im Etat vorgesehen sind, in Angriff genommen werden können.

Eine Verletzung des Budgetrechts des Reichstages?

Das „Berliner Tageblatt" berichtet über ein Vorkommnis, das geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Es handelt sich darum, daß die deutsch-südamerikanische Telegraphengesellschaft in Köln, die ein Kabel von Borkum nach Brasilien legt, ein Kabel anschließen will nach Togo, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika. Die Mittel für das letztere Kabel werden durch Obligationen im Betrage von 7,8 Millionen Mark aufgebracht. Zu dieser Anleihe sagt der Bericht der Gesellschaft: „Die Verzinsung und Tilgung der obenerwähnten Obligationen-Anleihe von 7,8 Mill. Mark ist durch ein zwischen dem Reichspostamt und uns unter dem 24. Dezember 1908 bezw. 15. Januar 1909 abgeschlossenes Abkommen sichergestellt. Danach zahlt das Reichspostamt von der Subvention des Deutschen Reiches die nach dem Tilgungsplan zur Verzinsung und Tilgung alljährlich erforderlichen Beträge an einen Treuhänder. Das Amt eines solchen ist von der Seehandlung in Berlin übernommen worden."

Die deutsche Regierung hat sich auf die Dauer von 40 Jahren zur Zahlung von Subventionen für die einzelnen Teilstrecken verpflichtet. Dem Reichstage ist eine solche Vorlage bisher nicht zugegangen, und ohne Zustimmung des Reichstages kann das Reichspostamt derartige Verpflichtungen nicht einmal auf ein Jahr, geschweige denn auf 40 Jahre, eingehen. Es muß dringend verlangt werden, daß unverzüglich eine authentische Aufklärung erfolgt.

Ein neues Ketzergericht.

Wieder erregt in Bayern die Drangsalierung eines liberalen katholischen Geistlichen durch die Kirchenbehörde allgemeines Aufsehen. Dem Falle Grandinger ist der Fall des Pfarrers Tremel in Volsbach gefolgt. Dieser hatte schon im vorigen Jahre von seinem Oberhirten, dem Erzbischof von Bamberg, eine scharfe Verwarnung erhalten, weil er als Mitglied des jungliberalen Vereins in Bayreuth in einer Versammlung sprechen wollte. Nachdem er nun vor kurzer Zeit in diesem Verein wirklich eine harmlose politische Rede gehalten hat, ist der Scheiterhaufen für ihn aufgerichtet. Tremel wurde vor das Generalvikariat Bamberg zitiert, wo er eine Erklärung unterzeichnen sollte, in der er für das durch sein Auftreten „dem katholischen Volke gegebene Aergernis" Abbitte leisten sollte. Wolle er sich nicht fügen, so verfalle er der Enthebung von seinem Amte, da ein Priester, der seinem rechtmäßigen Vorgesetzten nicht gehorchen will, unmöglich in der Fortführung des Pfarramts belassen werden könne.

Pfarrer Tremel schrieb aber dem Erzbischof einen gesalzenen Brief, in dem er bezüglich des von ihm gegebenen Aergernisses sagt:

„Es ist Euer erzbischöflichen Exzellenz bekannt, daß im Bamberger Diözesanklerus in früheren wie in letzten Jahren eine Reihe von sittlichen und sonstigen strafrechtlich verfolgbaren Verfehlungen vorgekommen ist. In keinem dieser Fälle hat man dem Fehlenden die Strafe auferlegt, öffentlich zu gestehen, daß er Aergernis gegeben habe und für dieses Aergernis öffentlich Abbitte zu leisten. Ich kann nicht zugeben, durch mein Auftreten in der Versammlung des Jungliberalen Vereins Bayreuth vom 22. Januar 1909 dem Verbote Ew. Exzellenz vom 5. April 1908, in einer öffentlichen Versammlung zu sprechen, bewußt und absichtlich zuwider gehandelt zu haben. Diese Erklärung habe ich bereits der mich vernehmenden Kommission am 9. Februar 1909 abgegeben. Noch weniger kann ich zugeben, durch meine Zugehörigkeit zu einem Vereine von hochachtbaren Männern des Beamten-, Aerzte-, Anwaltstandes, wie namentlich, was ich besonders hochschätze, des erwerbenden und arbeitenden Volkes, Eurer Exzellenz, wie mir zum Vorwurf gemacht wird, eine Kränkung zugefügt und dem katholischen Volke Aergernis gegeben zu haben. Aus diesen Gründen werde ich gegen die zitierte Verfügung Hochihres Generalvikariats gleichzeitig Berufung zum Hochwürdigsten Ordinariat Würzburg ergreifen und den landesfürstlichen Schutz anrufen."

Leider geht der Weg zum landesfürstlichen Schutz über den bayerischen Kultusminister v. Wehner, und an dessen Tür wird der Pfarrer Tremel leider vergeblich anklopfen. Der Erzbischof hat inzwischen die Drohung zur Tat werden lassen: Wie uns ein Privattelegramm meldet, ist der Pfarrer Tremel vom Amte suspendiert worden. Das Schreiben des Ordinariats lautet wörtlich:

„Nachdem Sie unserer Aufforderung vom 25. vorigen Monats laut Ihrer Erklärung vom 2. dieses Monats nicht nachkommen wollen und gleichzeitig Berufung zum Hochwohllöblichen Ordinariat Würzburg auf Grund §§ 52—55 der zweiten Verfassungsbeilage, Anrufung des landesfürstlichen Schutzes, angekündigt haben, sind Sie ipso facto der Suspensio a divinis verfallen. Wir sehen uns daher zu unserem tiefen Bedauern in die Notwendigkeit versetzt, für die Pfarrei Volsbach einen Vikar quo ad Spiritualia auf Ihre Kosten aufzustellen, und zwar in der Person des Herrn Subpräsentivverwesers Kümmermann, der am Sonnabend, den 6. d. M., in Volsbach eintreffen wird. Sie

haben demselben freie Verpflegung nebst dem in der Erzdiözese observanzmäßigen Biergeld, ein Wochenhonorar von 7 Mk., Pflichtmesse und ein Stipendium von 1,30 Mk. zu gewähren.
Wagner. Dr. Lahner."

Das einzige Gemütliche in dieser unschönen Sache ist das Biergeld für den Herrn Vikarius.

Die Reichsfinanzreform.

Das „Berl. Tageblatt" meldet, daß gestern abend und heute vormittag wieder Verhandlungen mit dem Vertreter des Reichskanzlers, v. Loebell, und den Führern der Blockparteien stattgefunden haben, um gangbare Wege für die Reichsfinanzreform zu finden. Es soll den Blockleuten nahegelegt worden sein, zunächst die indirekten Steuervorlagen zu bewilligen, und die Frage der direkten Steuer offen zu lassen. Auf dieser Basis sei indessen eine Einigung nicht erzielt worden. Die Versuche, ein neues Kompromiß zustande zu bringen, bewegten sich dann in der Richtung der Erbanfallsteuer, die auch auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt werden soll.

Außerdem registrieren wir noch, daß die „Germania" in bezug auf den Verfasser des Artikels der „Kölnischen Zeitung", in welchem den Junkern mit der Reichstagsauflösung gedroht wird und der natürlich den Zorn der „Deutschen Tageszeitung" entfacht hat, fragt: „Sollte die „Deutsche Tageszeitung" wirklich nicht wissen, daß als Urheber der Zuschrift der Reichskanzler Fürst Bülow selbst angesehen wird?"

Wenn das ein Schreckschuß für die Junker sein soll, wird er seinen Zweck ganz und gar verfehlen. Die Junker lassen sich von einem Bülow nicht ins Mauseloch jagen.

Kommunales.

d. **Von der Westfälischen Landgemeindeordnung.** Der Gemeindevorsteher führt in der Gemeindeversammlung den Vorsitz mit vollem Stimmrechte. Er gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Der Amtmann kann, so oft er es für gut findet, in der Gemeindeversammlung den Vorsitz übernehmen. Er hat dann bei Stimmengleichheit die entscheidende Stimme, sonst aber kein Stimmrecht. Auch der Landrat kann, wenn er es in besonderen Fällen für nötig hält, in der Gemeindeversammlung erscheinen und den Vorsitz übernehmen; er hat jedoch kein Stimmrecht.

Der Amtmann ist verpflichtet, die Beratungen über den Haushaltsetat und die Rechnungen zu leiten, er hat die Hebelisten für vollstreckbar zu erklären. Ihm müssen, wenn er nicht selbst den Vorsitz in der Gemeindeversammlung geführt hat, deren Beschlüsse vor der Ausführung vorgelegt werden. Wenn nicht innerhalb 8 Tagen nach erlangter Kenntnis seitens des Amtmanns ein Beschluß beanstandet wird, so kann dessen Ausführung erfolgen, abgesehen natürlich von den Beschlüssen, für die von vornherein eine höhere Bestätigung ausdrücklich vorgeschrieben ist.

Die Sitzungen der Gemeindeversammlung finden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Auch durch Ortsgesetz kann die Oeffentlichkeit nicht eingeführt werden, denn das Oberverwaltungsgericht vertritt folgenden Standpunkt: „Die Westfälische Landgemeindeordnung enthält so wenig eine die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindeversammlung einführende Satzung, wie eine Bestimmung, kraft deren die Gemeindeversammlung ermächtigt wäre, die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen zu beschließen." Daß dieser Zustand ein geradezu unerträglicher ist, namentlich bei großen Landgemeinden, wie Brackwede, Schildesche usw. oder bei Städten, wie Enger, Vlotho, Werther usw., bedarf keiner besonderen Erläuterung.

Die Gemeindeversammlung hat über alle Gemeindeangelegenheiten — soweit solche nicht durch Gesetz dem Gemeindevorstande zur ausschließlichen Regelung überwiesen sind — zu beschließen, ohne daß ihre Mitglieder an Instruktionen oder Aufträge gebunden sind. Ueber andere Angelegenheiten darf die Gemeindeversammlung nur dann beraten, wenn solche durch besondere gesetzliche Vorschriften, oder in einzelnen Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörde an sie gewiesen sind.

Die Gemeindeversammlung kontrolliert die Verwaltung, und ist berechtigt und verpflichtet, sich von der Ausführung ihrer Beschlüsse und der Verwendung aller Geldeinnahmen, sowie von der gehörigen Ausführung der Gemeindearbeiten Ueberzeugung zu verschaffen; sie darf aber ihre Beschlüsse niemals selbst ausführen, sondern muß dies dem Gemeindevorsteher überlassen.

Das Recht der Kontrolle steht nur der Gemeindeversammlung als solcher, nicht den einzelnen Gemeindeverordneter zu, es sei denn, sie seien von der Versammlung mit einem besonderen diesbezüglichen Auftrage versehen.

An Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen der Gemeinde darf derjenige nicht teilnehmen, dessen Interesse mit dem der Gemeinde im Widerspruch steht. Das tritt z. B. dann ein, wenn die Gemeinde Arbeiten oder Lieferungen vergibt, um die sich auch ein Mitglied der Gemeindeversammlung beworben hat oder die ihm übertragen werden sollen. Ebenso kann ein wiedergewählter Gemeindeverordneter bei der Beschlußfassung über die Giltigkeit der Wahlen nicht mitwirken. Die Beschlußfassung darüber, ob ein Widerspruch der Interessen besteht, hat im Streitfalle durch die Gemeindeversammlung selbst zu erfolgen. Aufgabe des Gemeindevorstehers ist es, dahin zu wirken, daß die an einer Angelegenheit persönlich beteiligten Gemeindeverordneten an der Beratung über dieselbe nicht teilnehmen. Beschlüsse der Gemeindeversammlung, an welchen solche Personen teilgenommen haben, die nach den Vorschriften des Gesetzes ausgeschlossen sind, oder durch welche die Zulassung eines an sich Ausgeschlossenen zur Verhandlung ausgesprochen wurde, sind gesetzwidrig und daher durch den Amtmann von Amts wegen oder auf Geheiß der Aufsichtsbehörde zu beanstanden.

Sind an einer Angelegenheit mehrere Mitglieder der Gemeindeversammlung interessiert, so daß ein giltiger Beschluß nicht zustande kommen kann, dann beschließt an Stelle der Gemeindeversammlung der Kreisausschuß über die betreffende Angelegenheit.

Wieviel Mitglieder zu einer beschlußfähigen Gemeindeversammlung gehören, darüber im nächsten Artikel mehr.

Bielefelder Stadttheater.

cn. Mittwoch, 9. März: Die rote Robe, Schauspiel in 4 Akten von Eugène Brieux. Ein Kunstwerk als Drama ist es nicht, es ist nicht einmal ein Konflikt darin vorhanden. Allein die Milieuschilderung interessiert, es wird den französischen Richtern und Staatsanwälten damit ein Spiegel vorgehalten, welcher ihr ganzes Strebertum erkennen läßt. Der Staatsanwalt Vagret ist ein ehrlicher Mann, dem es um die Wahrheit zu tun ist, der aber gerade deswegen als weißer Rabe unter seinen Kollegen nicht vorwärts kommt. Es ist die rote Robe, dieses Abzeichen der höchsten Stellung, nach der allein von diesen Dienern der Gerechtigkeit gestrebt wird. Als Vivisektionsobjekt dient dem Dichter der Baskische Bauer Pierre Etchepare, der auf Indizien hin angeklagt wird, einen Mord verübt zu haben, und dessen Frau Yanetta. Wie nun durch das nichtswürdige Strebertum des Untersuchungsrichters Mouzon diesen Leuten ihre ganze Existenz geraubt wird, während er doch an dem Mord vollkommen unschuldig ist, das wird wirkungsvoll in dem Stück vorgeführt. Dramatisch ist es aber doch nicht, besonders, da die Ermittlung des Mörders keine Rolle im Stück spielt. Und auch der Schluß, daß Yanetta in höchster Verzweiflung dem gleichgiltigen Schurken von Richter seinen Dolch in den Rücken stößt, ist undramatisch. Gespielt wurde das aber von Melly Stollberg, die ihr Benefiz hatte, mit hinreißender Leidenschaft, sie hatte in Emil Landerer, der den Pierre gab, einen guten Partner, der vor allem nicht übertrieb. Außerdem müssen noch Hans Freihen (Mouzon) und Karl Kroiß (Vagret) genannt werden.

Das Attentat auf das Kieler Kommunalwahlrecht gescheitert! Die städtischen Kollegien verhandelten Dienstag über den Antrag des Magistrats auf Einführung der Dreiklassenwahl. Die Verhandlungen gestalteten sich zu einer Sozialistendebatte großen Stils. Besonders war es der erst kürzlich aus Magdeburg nach Kiel gekommene Bürgermeister Lindemann, der in einer großen Kriegervereinsrede die Gefahren, die durch eine Mehrheit der Sozialdemokratie drohten, schilderte. Der Oberbürgermeister Fuß suchte natürlich auch die Vorlage zu rechtfertigen. Er verwahrte sich zu Beginn der Debatte besonders gegen die Obstruktion der Sozialdemokraten und erklärte, er denke nicht daran, nach Ablauf seiner Amtsperiode im Jahre 1912 wieder zu kandidieren, aber noch weniger denke er daran, sich durch Drohungen oder durch Obstruktionsarbeit der Sozialdemokraten aus dem Amte drängen zu lassen. Er werde auf seinem Posten bleiben und auch vor Tumulten auf der Straße nicht zurückgeben. Dann berichtete er über die Mission beim preußischen Minister des Innern und mußte hier mitteilen, daß dieser es abgelehnt habe, die Initiative zu ergreifen.

Unsere Genossen Adler, Niendorf und Rindfleisch sprachen in energischer Weise gegen die Vorlage und zerpflückten unbarmherzig die Scheingründe der Befürworter der Entrechtungsvorlage. Die Verhandlung hatte vormittags um 10 Uhr begonnen; sie wurde lediglich durch eine zweistündige Mittagspause unterbrochen; kurz vor 7 Uhr abends wurde dann endlich die Abstimmung vorgenommen. Der Magistrat stimmte geschlossen für die Einführung der Dreiklassenwahl; die Stadtverordneten stimmten mit 15 gegen 13 Stimmen dagegen. Die Vorlage ist somit gefallen. — Von den 29 Stadtverordneten waren 2 durch Krankheit verhindert, die wahrscheinlich zu den Anhängern der Dreiklassenwahl zählten.

Barunterstützung für Arbeitslose. Nachdem die vor einiger Zeit von der Stadtverordnetenversammlung zu Wernigerode zur Barunterstützung von Arbeitslosen bewilligte Summe von 3000 Mk. aufgebraucht worden ist, bewilligte die Versammlung weitere 3000 Mk. zu demselben Zweck. Die Verteilung der Unterstützung an die organisierten Arbeitslosen erfolgt durch das Gewerkschaftskartell.

Arbeitslosennot. Höchst, 7. März. In der Stadt der Farbwerke herrscht eine so grauenvolle Arbeitsnot, daß gestern sogar das gänzlich sozialistenreine Stadtparlament sich damit befassen mußte, allerdings erst, nachdem die Arbeitslosen in Scharen vor das Rathaus gezogen waren und eine Petition überbracht hatten. Die Stadtverordneten bewilligten schließlich 3000 Mk. für Notstandsarbeiten. Bürgermeister Vallesle erwähnte u. a., daß täglich sein Bureau von Arbeitslosen umlagert werde; wiederholt sei es vorgekommen, daß dabei Leute ohnmächtig vor Erschöpfung zusammenbrachen.

Nationalliberale Angriffe auf die Lernmittelfreiheit. In Stuttgart ist für die Volks- und Fortbildungsschulen seit wenigen Jahren die Lernmittelfreiheit eingeführt und hat sich vortrefflich bewährt. Am Donnerstag waren wieder die Mittel für das nächste Etatsjahr in Höhe von 74 000 Mk. zu bewilligen. Der nationalliberale Gemeinderat Professor Weitbrecht beantragte die Ablehnung, hatte aber erfreulicherweise keinen Erfolg damit. Der Gemeinderat bewilligte die Summe mit zwei Drittel Mehrheit, der Bürgerausschuß aber nur mit 13 gegen 12 Stimmen. Das Schicksal der Lernmittelfreiheit in Stuttgart hing also von einer einzigen Stimme ab. Diese Abstimmung ist ein Warnungssignal für alle Freunde des kommunalpolitischen Fortschritts.

Seit der Einführung der Proportionalwahl ist die Vertretung der Volkspartei auf dem Rathause, die unter dem früheren Wahlsystem durch Kompromisse mit anderen Parteien mehr Mandate erlangte, als ihrer Stärke entsprach, erheblich zurückgegangen. An ihrer Stelle sind Nationalliberale, Konservative und Zentrumsvertreter aufs Rathaus gekommen. Die Mehrheit für solche sozialpolitischen Maßregeln wie Lernmittelfreiheit, warmes Frühstück für Volksschüler usw. bestand aber seither nur aus Sozialdemokratie und Volkspartei. Es wird daher bei den nächsten Gemeindewahlen alles aufgeboten werden müssen, den reaktionären Parteien wieder Terrain abzugewinnen, da sonst die Früchte jahrelanger politischer Reformtätigkeit leicht wieder verloren gehen könnten.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 10. März.

— **Adressierung von Eingaben an die städtischen Behörden.** Für den Magistrat, die Polizei-Verwaltung, Armen-Verwaltung oder sonstige Dienstzweige der städtischen Verwaltung bestimmte Eingaben werden in vielen Fällen an den Oberbürgermeister, Bürgermeister, Beigeordneten persönlich gerichtet.

Da derart adressierte Eingaben seitens der Postverwaltung dem Adressaten meist in der Privatwohnung zugestellt werden, oder, falls sie bei der Stadtverwaltung eingehen, von dem mit der Oeffnung der Postsachen betrauten Beamten nicht geöffnet, sondern dem Adressaten ungeöffnet vorgelegt werden, erleidet namentlich im Falle längerer Abwesenheit des Adressaten von Bielefeld die Erledigung dieser Eingaben eine oft recht erhebliche Verzögerung.

Auch ist infolge persönlicher Adressierung eine Terminsversäumnis in Rechtsangelegenheiten nicht ausgeschlossen, welche empfindliche Schäden für den Betreffenden zur Folge haben kann.

Es kann nicht dringend genug empfohlen werden, Eingaben stets an die Behörde (Magistrat, Polizei-Verwaltung, Armen-Verwaltung usw.) zu richten.

— **August Strathmann †.** Der kaufmännische Leiter der Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp u. Co., Herr Direktor August Strathmann, ist Montag in Ospedaletti in Oberitalien, wo er Heilung von einem schweren Herz- und Nierenleiden suchte, gestorben.

— **Der Fall Rottmann,** welcher der Anlaß zu der vom Magistrat geforderten neuen Stelle eines Revisors gewesen war, kam in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Kommission, die mit der Vorberatung dieser Stelle beauftragt worden war, zur Sprache. Beigeordneter Törner teilte mit, daß die Unterschlagungen Rottmanns abgesehen von den Kassen der Handelskammer und der Synagoge nur die Abonnementsgelder der Dienstmädchen beim städtischen Krankenhaus beträfen und im ganzen die Höhe von etwa 10 000 Mk. erreichten. Abgeschlossen sei die Untersuchung noch nicht, doch sei es ausgeschlossen, daß dieser Betrag wesentlich überschritten werde. Schaden erleide die Stadt nicht, da das beschlagnahmte Vermögen Rottmanns über 20 000 Mk. betrage. Die Kommission kam zur Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Revisors und empfahl dem Magistrat, sie mit einer kaufmännischen Kraft zu besetzen, was Beigeordneter Törner prüfen zu wollen versprach.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute wird „Moral" bereits zum 3. Male gegeben. Morgen (Donnerstag) findet das erste außerordentliche Gastspiel der Herzogl. Meiningischen Hofschauspielerin Auguste Prasch-Grevenberg statt. Die Künstlerin spielt die Jacqueline in Alexander Bissons spannendem Schauspiel „Die fremde Frau"; diese Rolle hat die Künstlerin kürzlich am Deutschen Theater in Hannover in allen Wiederholungen dieses Stückes gespielt. „Die fremde Frau" ist von allen bedeutenden Bühnen zur Aufführung angenommen.

— **Central-Varieté.** Von der Direktion wird uns geschrieben: Auf allgemeinen Wunsch wird die mit so großem Beifall aufgenommene amerikanische Detektivkomödie „Im wilden West" heute (Mittwoch) im großen Saale aufgeführt.

— **Polizeibericht.** Festgenommen wurden 6 Personen wegen Trunkenheit, groben Unfugs und Obdachlosigkeit, sowie 2 Personen wegen Bettelns; 24 obdachlose Wanderer wurden im hiesigen Gefängnis untergebracht.

Der letzte Viehmarkt war mit 28 Pferden, 86 Rindern und 1845 Schweinen betrieben. Es wurde gezahlt: für Pferde 300 bis 600 Mark, für Rinder 200 bis 450 Mark, für Schweine (6 bis 8 Wochen alte) 18 bis 21 Mark, für Schweine (Stangen) 28 bis 48 Mark, für Schweine (Zuchttiere) 55 bis 115 Mark. Der Markt war gut besucht, der Handel ziemlich flott.

Gefunden: 1 Damenuhr; 1 Portemonnaie mit geringem Inhalt; 1 Kriegsdenkmünze; 1 Kneifer.

Zugelaufen: 1 Pudel; 1 Dackel.

Verloren: 1 silberne Damenuhr mit Goldrand; 5 weiße Taschentücher, gez. O. S.; 1 gold. Armband; 1 Damenportemonnaie mit Inhalt; 1 Verlobungsring, gez. J. A. S. Sch.

Versammlungen.

Bielefeld. Holzarbeiterverband. Donnerstag abend 6½ Uhr in der „Centralhalle": Sitzung der Vertrauensleute und Zeitungsträger.

— Transportarbeiterverband. Freitag, 12. März, abends 8 Uhr im Restaurant „Stadt Bielefeld": Versammlung.

Abrechnung über die Geldsammlung zur Bekämpfung der Banderolesteuer.

Einnahme:

Ergebnis der Sammlung	217,30	Mark.
Ausgabe:		
Zwei Delegierte zum Kongreß in Berlin	140,00	Mark,
Abgeliefert an die Zentralkommission in Bünde	40,00	„
Für Referat	4,90	„
„ Handplakate	5,60	„
„ Konferenz in Herford	9,30	„
Porto	0,70	„
Agitationskosten	10,90	„
Kassenbestand am 7. März 1909	5,90	„
Summe:	217,30	Mark.

Bünde (Feldmark), 8. März.

Karl Kassebaum, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

C. Könker. A. Schuster. K. Haubrock.

Die Gesundheitsverhältnisse der Volksschulkinder in Lippe.

Im vorigen Jahre ist zum zweiten Male eine ärztliche Untersuchung der die Volksschule besuchenden Kinder erfolgt, deren Ergebnisse dem Landtage jetzt vorliegen. Die Regierung hat sich dazu überhaupt erst nach wiederholter Anregung namentlich der sozialdemokratischen Abgeordneten verstanden. Die erste Untersuchung im Jahre 1907 hatte ein recht klägliches Resultat ergeben; der vierte Teil der neu aufgenommenen Schulkinder war von schwacher Konstitution, der siebente Teil litt an Skrofulose, der zehnte an der Lunge. Der Medizinalreferent bezeichnete trotzdem dies Ergebnis als im allgemeinen nicht ungünstig. Wir haben damals eine etwas andere Ansicht vertreten und eingehend auf die vielen Mängel der schulärztlichen Funktionen hingewiesen und auch auf andere Umstände, die es begreiflich erscheinen lassen, daß wirklich eine so hohe Prozentzahl der Kinder an gesundheitlichen Störungen leidet. Abgesehen von den kümmerlichen Verhältnissen, in denen gerade in Lippe die Arbeiter vielfach leben und die eine Folge der schlechten Entlohnung ist, trägt auch der äußere Stand des Schulwesens dazu bei, daß die Bestrebungen um gesundheitlichen Fortschritt wenig Erfolg haben. Die Schulhäuser sind zum großen Teile mangelhaft, die Reinigung der Schulstuben erfolgt auf dem Lande durch die Kinder, die Klassen sind überfüllt, was Wunder, wenn da die Kinder in der Schule selbst keine besseren Lebensbedingungen haben als zu Hause. Die neue Aufnahme nun ist zunächst darin interessant, daß bei allen Krankheitsarten wesentlich kleinere Zahlen verzeichnet sind als im Vorjahre, obgleich die Zahl der untersuchten Kinder mit 4686 die des Vorjahres fast erreicht. Untersucht worden sind 3778 (3574) neu aufgenommene und 908 (1277) ältere Kinder. Unter ihnen fanden sich (die eingeklammerten Zahlen gelten für 1907):

	Kinder		Prozent	
schwache Konstitution	bei 595	(1019)	gleich 12,50	(21,00)
Bildungsfehler	„ 22	(114)	„ 0,47	(2,35)
Skrofulose	„ 280	(662)	„ 6,00	(13,60)
Krankheiten der Lunge	„ 298	(462)	„ 6,37	(9,50)
Krankheiten des Herzens	„ 80	(166)	„ 1,70	(2,39)
Krankheiten des Bauches	„ 114	(143)	„ 2,40	(2,95)
Augenkrankheiten	„ 211	(317)	„ 4,50	(6,40)
Ohrenkrankheiten	„ 90	(158)	„ 1,90	(3,26)
Hautkrankheiten	„ 211	(253)	„ 4,50	(5,20)
Krankheiten der Knochen und Gelenke	„ 50	(88)	„ 1,70	(1,80)
Kranke Zähne	„ 3565	(3665)	„ 76,00	(75,60)
Geistige Anomalien und nervöse Störungen	„ 122	(175)	„ 2,60	(3,60)

Einen recht lehrreichen Vergleich ermöglicht die Unterscheidung der neu aufgenommenen von den älteren Kindern. Der Prozentsatz der Krankheiten beträgt nämlich:

	bei den neu aufgen. Kindern Proz.		bei den älteren Kindern Proz.	
schwache Konstitution	9,80	(15,80)	23,50	(35,70)
Bildungsfehler	0,50	(2,10)	0,33	(3,50)
Skrofulose	4,40	(10,20)	12,50	(23,30)
Krankheiten der Lunge	5,00	(7,10)	11,70	(16,30)
Krankheiten des Herzens	1,20	(1,85)	3,70	(3,90)
Krankheiten des Bauches	1,59	(1,76)	5,94	(6,26)
Augenkrankheiten	3,55	(4,40)	8,47	(12,50)
Ohrenkrankheiten	1,08	(1,65)	5,40	(7,75)
Hautkrankheiten	4,00	(4,75)	6,49	(6,50)
Krankheiten der Knochen u. Gelenke	0,47	(1,06)	3,50	(3,90)
Kranke Zähne	80,00	(78,70)	58,20	(66,80)
Geistige Anomalien usw.	1,90	(2,10)	5,50	(7,85)

Also mit Ausnahme der Zahnkrankheiten sind bei allen Krankheitsarten die Prozentzahlen der älteren Kinder erheblich größer als die der neu aufgenommenen. Das mag z. T. daran liegen, daß manche Krankheiten und krankhafte Zustände bei den 6- und 7jährigen Kindern schwerer festzustellen sind, weil sie sich erst später ausbilden. Aber die erhebliche Zunahme der Prozentzahlen gibt doch zu denken, besonders da auch die schwache Konstitution, die Skrofulose und die Lungenkrankheiten so erheblich zunimmt. Man sieht daran, daß gerade mit Beziehung darauf ein Ausbau der statistischen Feststellung sehr zu begrüßen wäre. Gewiß sprechen da die sozialen Zustände sehr viel mit, wie der Medizinalreferent der Regierung im Landtage seinerzeit zugab, aber gerade deshalb wäre der Ausbau von Wert, weil wir so zu wertvollen Aufschlüssen über die Bedingungen kommen könnten, unter denen die Schulkinder leben müssen. An solchen Feststellungen haben aber die herrschenden Kreise kein Interesse. Sie scheinen überhaupt darauf auszugehen, diese höchst mangelhaften schulärztlichen Funktionen wieder zu beseitigen, statt sie zu verbessern und dadurch zu zeigen, daß es sich auch nach ihrer Ansicht um ein wichtiges Gebiet der sozialen Pflicht handelt. Zu dieser Aufnahme im allgemeinen muß noch gesagt werden, daß es auffällt, wie sehr die Zahlen gegen das Vorjahr heruntergegangen sind. Wahrscheinlich ist das zurückzuführen auf eine behördliche Anweisung an die mit den Untersuchungen betrauten Aerzte, nur das in die betr. Rubrik mit aufzunehmen, was ganz offenbar krank oder schwächlich ist, nicht aber auch das, was gewisse Krankheitsanlagen hat. Möglicherweise ist man noch weiter gegangen und hat, um den üblen Eindruck der letzten Aufnahme zu verwischen, es diesmal allgemein weniger genau genommen. Damit sinkt aber der Wert der „Feststellungen" ganz erheblich herab, denn Vergleiche zwischen den einzelnen Jahren lassen sich nur dann mit Recht machen, wenn die Unterlagen, worauf sich alles gründet, wenigstens annähernd gleich sind. Es läßt sich in keiner Weise annehmen, daß die Zahl der Kinder, die mit Krankheiten behaftet sind, von 1907 bis 1908 zurückgegangen wäre, sondern es ist klar, daß, wenn die Untersuchungen 1908 nach demselben Schema wie 1907 geschehen wären, dann auch

Die Selbst der Krankenk

Das Selbstverwaltungsrec
vielen Jahren von Unterneh
kämpft worden. Kein Mittel
Zweimal schon sind diese An
eine Mal durch eine Umfrage
krankenkassen im Deutschen R
in den Vorständen. Sie sollte
„sozialdemokratischen Leitunge
politischen Zwecke mißbrauchte
gebervertretern von 424 der
2 Millionen Mitgliedern) ein
Parteizwecken verwendet word
neint. Als einziger „Mißsta
unter anderem auch Angehöri
senbeamte angestellt worden
eine glänzende Rechtfertigung
richtete Arbeitgeber, wurde d
geben. Dieses Ergebnis hind
Industrieller und ähnliche O
wie vor von „Mißständen i
krankenkassen", „dauernder Ob
den sozialdemokratisch beeinflu
gleichen zu reden.

Die Konferenzen von Kas
Reichsamt des Innern statt
abermals Lügen. Wieder er
von Mißständen in den Ka
könne und zu einer Aenderu
vorliege. Der Staatssekretär
scheinlich von der voraufg
wurde von diesem Ausgang
raicht. Auch in der breiten
Vielfach gab man sich der Ho
jahr für die Selbstverwaltung
schluß an die Konferenzen w
Dr. Fuld in Mainz in der
daß einflußreiche und mächt
Kampf von neuem aufgenom
den Ratgebern der Regierung
war gewiß aus bester Quelle
der Dinge hat ihm Recht gege

In der Reichstagssitzung
mann-Hollweg sein Program
reform kurz skizziert. Dan
ärgste bedroht. „Es sollen
und Innungskrankenkassen au
schaftskassen werden von der
haupt nicht berührt. Die Be
Krankenkassen werden halbie
gewählt werden." Das bedeu
waltung der Arbeiter. Was
Versuch glückt?

Zunächst würden die Vert
meisten Orten in ruhigen
regung abgespielt haben, nun
entfesseln, zumal die Proporti
Um jeden Generalversammlun
ein heftiger Streit entbrenne
immer gefördert werden soll,
werden als durch solche Käm

Und dann die Abwicklung
selbst! Es werden sich fast i
gegenüberstehen, die bei wichti
punkt entschieden vertreten
des Vorsitzenden vor sich gehen
Kandidat jeder der beiden Gr
Etwa die Aufsichtsbehörde?
müßte ein Stichentscheid für
schaffen werden, der dann wo
dann in scharfen Gegensatz zu
Jedenfalls dürfte es mit der
Arbeit der Kassenorgane vorbe
lich vertreiben will, wird dan

Oliver

Von Char
Aus dem Englischen

70

Dreiundfünfzigste

Was zu erzählen jetzt noch
berichten.

Noch vor dem Ablaufe
Fleming und Harry Maylie
fortan der Schauplatz der Tä
sollte. An demselben Tage n
lichen Wohnung Besitz. Mrs.
ihnen auf, um den Rest ihre
verschönen, die dem es würdi
den Anblick der Seligkeit der
glückung die beste Zeit und die
Daseins gewidmet gewesen si

Monks wie seine Mutter
an sich gerissen, so verschwend
steren und Oliver, wenn der
dreitausend Pfund übrig blie
Vaters hatte Oliver Anspru
Brownlow schlug eine Teilu
der Mittel nicht zu beraube
zu beginnen, womit sich Oli
erklärte.

Monks begab sich unter
Namens in die neue Welt, w
gang neue Verbrechen, saß
endlich einem Anfalle seiner
Ferne von der Heimat starb
der Bande Fagins.

Mr. Brownlow adoptierte
Bedwin eine vom Pfarrhause
befriedigte dadurch den einz
des warmen und liebevollen
kleinen Freundeskreis bilden,
Glück herrschte, wie es in
finden ist.

Bald nach der Vermählu
würdige Doktor nach Chertsey
alten Freunde beraubt, wenn
gelassen, mißmütig geworden
verwandelt haben würde, wen
Nachdem er einige Monate ge
seinem Assistenten und siede
hinüber, wo er Gartenbau tri
und zwar alles mit seiner ei

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 58. Bielefeld, Mittwoch, 10. März 1909. 20. Jahrg.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Gefahr.

Das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen ist seit vielen Jahren von Unternehmerseite in niedrigster Weise bekämpft worden. Kein Mittel der Verleumdung blieb unversucht. Zweimal schon sind diese Angriffe abgeschlagen worden. Das eine Mal durch eine Umfrage des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich bei den Arbeitgebervertretern in den Vorständen. Sie sollten Auskunft geben, ob wirklich die „sozialdemokratischen Leitungen" die Kassen für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchten. Antwort ging von den Arbeitgebervertretern von 424 der größten Kassen (mit annähernd 2 Millionen Mitgliedern) ein. Die Frage, ob Kassenmittel zu Parteizwecken verwendet worden seien, wurde durchgehends verneint. Als einziger „Mißstand" konnte angeführt werden, daß unter anderem auch Angehörige der Sozialdemokratie als Kassenbeamte angestellt worden sind. Das eingegangene Material, eine glänzende Rechtfertigung der Kassen durch genau unterrichtete Arbeitgeber, wurde dem Reichsamt des Innern übergeben. Dieses Ergebnis hinderte den Zentralverband deutscher Industrieller und ähnliche Organisationen natürlich nicht, nach wie vor von „Mißständen in den Verwaltungen der Ortskrankenkassen", „dauernder Ohnmacht der Arbeitgeber gegenüber den sozialdemokratisch beeinflußten Arbeitervertretern" und dergleichen zu reden.

Die Konferenzen von Kassenvertretern, die im Oktober im Reichsamt des Innern stattfanden, straften diese Behauptung abermals Lügen. Wieder erklärten auch die Arbeitgeber, daß von Mißständen in den Kassenverwaltungen keine Rede sein könne und zu einer Aenderung der Organisation kein Anlaß vorliege. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, der augenscheinlich von der voraufgegangenen Hetze irregeführt war, wurde von diesem Ausgang der Erörterungen geradezu überrascht. Auch in der breiten Oeffentlichkeit wirkte es klärend. Vielfach gab man sich der Hoffnung hin, daß die schlimmste Gefahr für die Selbstverwaltung nun vorüber sei. Gleich im Anschluß an die Konferenzen wies der bürgerliche Sozialpolitiker Dr. Fuld in Mainz in der „Arbeiterversorgung" darauf hin, daß einflußreiche und mächtige Körperschaften insgeheim den Kampf von neuem aufgenommen hätten. Dr. Fuld gehört zu den Ratgebern der Regierung in den Versicherungsfragen. Er war gewiß aus bester Quelle unterrichtet. Und der Fortgang der Dinge hat ihm Recht gegeben.

In der Reichstagssitzung vom 5. Februar hat Herr v. Bethmann-Hollweg sein Programm für die Arbeiterversicherungsreform kurz skizziert. Danach ist die Selbstverwaltung aufs ärgste bedroht. „Es sollen die größeren Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen aufrecht erhalten werden. Die Knappschaftskassen werden von der Neuregelung im wesentlichen überhaupt nicht berührt. Die Beiträge und das Stimmrecht in den Krankenkassen werden halbiert werden. Der Vorsitzende wird gewählt werden." **Das bedeutet die Beseitigung der Selbstverwaltung der Arbeiter.** Was würden die Folgen sein, wenn der Versuch glückt?

Zunächst würden die Vertreterwahlen, die sich seither an den meisten Orten in ruhigen Formen und ohne sonderliche Erregung abgespielt haben, nun die politischen Leidenschaften frei entfesseln, zumal die Proportionalwahl obligatorisch werden soll. Um jeden Generalversammlungsvertreter, um jede Stimme wird ein heftiger Streit entbrennen. Der „soziale Friede", der sonst immer gefördert werden soll, kann nicht nachdrücklicher gestört werden als durch solche Kämpfe.

Und dann die Abwicklung der Geschäfte in den Kassenorganen selbst! Es werden sich fast immer zwei gleich starke Parteien gegenüberstehen, die bei wichtigen Fragen ihren Interessenstandpunkt entschieden vertreten werden. Wie soll schon die Wahl des Vorsitzenden vor sich gehen? Wer soll entscheiden, wenn der Kandidat jeder der beiden Gruppen gleich viel Stimmen erhält? Etwa die Aufsichtsbehörde? Und auch bei sonstigen Fragen müßte ein Stichentscheid für den Fall der Stimmengleichheit geschaffen werden, der dann wohl dem Vorsitzenden zufiele und ihn dann in scharfen Gegensatz zu der einen Hälfte bringen würde. Jedenfalls dürfte es mit der bisherigen, ruhigen und sachlichen Arbeit der Kassenorgane vorbei sein. Die Politik, die man angeblich vertreiben will, wird dann erst in die Kassenverwaltungen, die bisher davon frei waren, hineingetragen werden. Wieviel Zeitaufwand wird für unnützige Zänkereien draufgehen! Die Beschlüsse werden oft in den wichtigsten Fragen von Zufälligkeiten abhängen. Das Fehlen eines Vertreters kann die einschneidendsten Folgen haben. Dürfen die Maßnahmen einer Verwaltung von solchen unberechenbaren Umständen abhängen? Soll gerade die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen solchen Wechselfällen ausgesetzt sein?

Nein! Was hier eingeführt werden soll, ist die Karikatur einer Selbstverwaltung. Die Arbeiter haben ein Recht auf die Verwaltung der Arbeiterversicherung. Sie ist für die Arbeiter geschaffen. Sie allein haben das lebendige Interesse und die Erfahrung, aus denen das soziale Verständnis hervorgeht, das gerade hier erfordert wird. Und sie selbst bringen die Mittel auf, die nötig sind. Denn auch der Beitrag des Unternehmers stammt aus dem Ertrag der Arbeit und ist nichts anderes als ein gesetzlich feststehender Teil des Lohnes. Denn der Lohn müßte ausreichen, um den Arbeiter für die Wechselfälle des Daseins sicherzustellen. Soweit aber noch das materielle Interesse der Unternehmer Anspruch auf Schutz haben sollte, ist dem bereits vollauf Genüge getan durch § 31, Abs. 2 des jetzigen Gesetzes, wonach eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Erhöhung der Beiträge von den Vertretern der Arbeitgeber in gesonderter Abstimmung genehmigt werden muß.

Aber, so einleuchtend auch alle diese Gründe sind, so sehr die Erfahrung die bisherige Verwaltung gerechtfertigt hat: die Regierung und die bürgerlichen Parteien werden sich dadurch nicht belehren lassen. Denn nicht Gründe entscheiden hier, sondern Interessen. Gerade, weil sie die Fähigkeit der Arbeiter zur selbständigen Regelung ihrer Angelegenheiten bewiesen, weil sie die Ueberlegenheit der sozialistisch geschulten organisierten Arbeiter in Sozialpolitik und Verwaltung jedem Unbefangenen klar gezeigt hat, eben darum ist diese Selbstverwaltung den Sachverwaltern des herrschenden Systems verhaßt und soll geopfert werden. Darum gilt es, die Macht der Gründe zu verstärken, mit allem Nachdruck unverzüglich alle Maßnahmen zur Abwehr der drohenden Gefahr zu ergreifen. Namentlich die Arbeiter, die noch im Gefolge der bürgerlichen Parteien, der Freisinnigen und des Zentrums, weilen, müssen auf die Haltung ihrer Vertreter aufmerksam gemacht werden, damit sie ihnen ihren Willen deutlich kundgeben. Die Arbeiterversicherung, insbesondere die Krankenversicherung, ist von großer Bedeutung für das Arbeiterleben. Sie hat daher auch Anspruch auf die notwendige Beachtung und Kampfesfreude.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

223. Sitzung vom Dienstag, 9. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Weingesetzes.

Die ersten beiden Paragraphen werden debattelos angenommen. § 3 befaßt sich mit der Zuckerung des aus inländischen Trauben gewonnenen Mostes oder Weines. Ein Antrag Paasche (natl.) will, daß der Zusatz an Zuckerwasser ein Viertel statt ein Fünftel betragen darf. Ein Antrag Hormann und Müller-Iserlohn (Fr. Vp.) will, daß die Zuckerung anstatt bis zum 31. Dezember bis zum 31. Januar vorgenommen sein muß, wie es ursprünglich in der Regierungsvorlage auch lautete.

Abg. Dahlem (Ztr.) wendet sich gegen den Antrag Hormann. Wer seinen Wein zuckern will, hat bis zum 31. Dezember Zeit genug. Sollte die Regierung das Gesetz hieran scheitern lassen, so mag sie es auf ihre Verantwortung tun. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.) hält die von der Kommission gewählte Fassung des Gesetzes für die beste. (Hört, hört! i. Ztr.) Er will unter allen Umständen daran festhalten.

Abg. Dr. Rösicke (kons.): Die Abänderungsanträge bringen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Wir können uns ihnen nicht anschließen. Der Antrag Paasche würde unsere Weine geradezu diskreditieren. (Beifall rechts.)

Abg. David (Soz.): Wir haben uns in der Kommission geeinigt, daß die Zuckerung nur 20 Proz. der gesamten Flüssigkeit sein darf. Hieran halten wir entgegen dem Antrag Paasche fest. Das Gesetz soll in erster Linie den Konsumenten nützen, aber auch dem Produzenten und Händler. Geschieht das, so werden manche Bedenken gegen das Gesetz schwinden. Diese Wirkung wird aber nicht herbeigeführt durch den Passus über die Zweckbestimmung des Zuckerns im § 3. Das Gesetz bestimmt dort, daß gezuckert werden darf, um einem Uebermaß an Säure soweit abzuhelfen, „als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht". Es ist eine weitgehende Unterlage für den Mißbrauch. Was ist denn ein guter Jahrgang? Darüber sind sich die Gelehrten und Ungelehrten vollkommen uneinig. Bei einem Prozesse auf Grund solcher Zweckbestimmungen würden beide Parteien Sachverständige anführen, welche verschiedene Urteile abgeben. Ein weiterer Antrag Paasche will diese Zweckbestimmung streichen. Nehmen Sie diesen Antrag an! Dann ist wenigstens Rechtssicherheit geschaffen und klar gesagt, bis zu einer gewissen Grenze darf gezuckert werden. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Der Antrag Hormann will die Frist für die Zuckerung bis zum 31. Januar hinausschieben. Wir machen hieraus keine Prinzipienfrage. Die Herren von der Mosel führen an, daß sie sonst gezwungen wären, ihre Produkte zu zuckern, bevor sich die Notwendigkeit dafür herausstellt. Wir lassen dieses Argument auf uns wirken, wollen aber keineswegs eine Ausnahmebestimmung für die Mosel, sondern wir wollen eine einheitliche Bestimmung für das Reich. (Zustimmung b. d. Soz.) Das ganze Gesetz würde keinen Wert haben, wenn die Kontrolle nicht gleichmäßig im ganzen Reiche stattfinden würde. Es wäre dann keine Wohltat, sondern eine Schädigung des Weinbaues. Die Regierung begründet ihren Widerstand gegen eine über das ganze Reich ausgedehnte Kontrolle damit, daß die Beamten nicht genügend beschäftigt sein würden. Seit Jahren steht ein Gesetz zur Nahrungsmittelkontrolle aus. Würden wir die Nahrungsmittelkontrolle bekommen, so würde diese Schwierigkeit damit auch verschwinden. Möge das an sich wichtige Weingesetz ein Ansporn sein, daß bald das noch wichtigere Gesetz der Nahrungsmittelkontrolle vorgelegt wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Hormann (Fr. Vp.) wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Rösicke auf den Weinhandel. Nicht der Weinhandel ist es, der pantscht. Aber leider kommen beim Weinbauern viele Pantschereien vor. Auf den bedenklichen Kautschuk, der in dem Gesetz zu finden ist, hat Kollege Dr. David schon hingewiesen. — Redner empfiehlt die freisinnigen Abänderungsanträge. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg bittet um Annahme des Antrages Hormann, den 31. Januar als Erdtermin der Zuckerung zu bestimmen. Wählt man den 31. Dezember, so sind viele Winzer genötigt, ihr unverzuckertes Produkt zu geringem Preise loszuschlagen. Auf das eindringlichste möchte ich vor Annahme des § 6 warnen. (Dieser Paragraph verbietet es, den mit ausländischen Weinen verschnittenen Inlandsprodukten deutsche Namen zu geben.) Es würde hierdurch eine Differenzierung in der Behandlung ausländischer Weine geschaffen, die mit dem Geist und dem Buchstaben der Handelsverträge nicht vereinbar ist. (Sehr richtig! und Hört, hört! links.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schön warnt ebenfalls eindringlich vor Annahme des § 6b unter Hinweis auf die bestehenden Abkommen mit Italien und Frankreich. In Frankreich, mit dem wir in einem Meistbegünstigungsverhältnis stehen, hat die beabsichtigte Einführung des Deklarationszwangs für ausländische Weine schon zu großer Erregung geführt. Stellen Sie die Regierungsvorlage wieder her, zumal durch anderweitige Bestimmungen die nationalen Gesichtspunkte genügend gewahrt sind.

Abg. Dr. Blankenhorn (natl.) bedauert die ablehnende Regierungserklärung. Der § 6b sei für den deutschen Weinbau von größter Wichtigkeit.

Abg. Stauffer (W. Vg.) wendet sich gegen den Antrag, die Frist für die Zuckerung bis zum 31. Januar auszudehnen. Die Handelsverträge mit Italien würden durch den § 6b in keiner Weise berührt.

Abg. Naumann (Fr. Vg.): Den Antrag Paasche auf Entfernung der Zweckbestimmung aus dem Gesetze bitte ich abzulehnen. Der Grundgedanke des Gesetzes würde dadurch verschwinden. Auch der andere Antrag Paasche ist fast unannehmbar; die Ausdehnung der Zuckerung bis zu einem Viertel würde dahin führen, daß das Getränk bald kein Wein mehr ist. Wie durch die Verschnittbestimmungen das Ausland geschädigt werden soll, ist nicht einzusehen. Nach den Handelsverträgen kann doch ein ausländischer Wein nicht das Recht haben, als deutscher

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

70

Dreiundfünfzigstes und letztes Kapitel.

Was zu erzählen jetzt noch erübrigt, ist in wenigen Worten zu berichten.

Noch vor dem Ablaufe von drei Monaten wurde Rose Fleming und Harry Maylie in der Dorfkirche getraut, welche fortan der Schauplatz der Tätigkeit des jungen Geistlichen sein sollte. An demselben Tage nahmen sie von ihrer neuen freundlichen Wohnung Besitz. Mrs. Maylie schlug ihren Wohnsitz bei ihnen auf, um den Rest ihrer Tage durch die beste Freude zu verschönen, die dem ehrwürdigen Alter zuteil werden kann — den Anblick der Seligkeit der Lieben, deren Bildung und Beglückung die beste Zeit und die besten Kräfte eines wohlverlebten Daseins gewidmet gewesen sind.

Monks wie seine Mutter waren mit dem Vermögen, das sie an sich gerissen, so verschwenderisch umgegangen, daß für den ersteren und Oliver, wenn der Rest unter beide geteilt wurde, nur dreitausend Pfund übrig blieben. Nach dem Testamente seines Vaters hatte Oliver Anspruch auf das ganze; allein Mr. Brownlow schlug eine Teilung vor, um den älteren Bruder der Mittel nicht zu berauben, ein neues und besseres Leben zu beginnen, womit sich Oliver von ganzem Herzen zufrieden erklärte.

Monks begab sich unter Beibehaltung seines angenommenen Namens in die neue Welt, vergeudete rasch das ihm Gelassene, beging neue Verbrechen, saß lange im Kerker und erlag darin endlich einem Anfalle seiner alten Krankheit. In ebenso weiter Ferne von der Heimat starben die noch übrigen Hauptmitglieder der Bande Fagins.

Mr. Brownlow adoptierte Oliver, bezog mit ihm und Frau Bedwin eine vom Pfarrhause nur eine Meile entfernte Wohnung, befriedigte dadurch den einzigen noch nicht erfüllten Wunsch des warmen und liebevollen Herzen Olivers und half einen kleinen Freundeskreis bilden, in welchem ein so vollkommenes Glück herrschte, wie es in dieser veränderten Welt nur zu finden ist.

Bald nach der Vermählung des jungen Paares kehrte der würdige Doktor nach Chertsey zurück, wo er, des Umgangs seiner alten Freunde beraubt, wenn sein Temperament dergleichen zugelassen, mißmütig geworden sein und sich in einen Murrkopf verwandelt haben würde, wenn er es anzufangen gewußt hätte. Nachdem er einige Monate geschwankt, übertrug er seine Praxis seinem Assistenten und siedelte nach dem Wohnorte Mayries hinüber, wo er Gartenbau trieb, pflanzte, fischte, zimmerte usw., und zwar alles mit seiner eigentümlichen Leidenschaftlichkeit, so daß er bald in allem, was er trieb, weit und breit unter eine bedeutende Autorität wurde.

Er hatte eine große Freundschaft für Mr. Grimwig gefaßt, welche von dem exzentrischen Gentleman mit ebenso großer Wärme erwidert wurde. Grimwig besucht ihn daher häufig und pflanzt, fischt und zimmert mit, jedoch stets auf eine eigentümliche und bislang unbekannte Weise; er behauptet indes stets bei seiner Lieblingsbeteuerung, daß es die richtige sei. An Sonntagen verfehlt er nie, dem jungen Geistlichen in das Angesicht die Predigt zu kritisieren und versichert Mr. Losberne hinterher im strengsten Vertrauen, sie wäre nach seinem Urteil eine ganz vortreffliche Arbeit gewesen, er hielte es indes für gut, nichts davon zu sagen. Es ist eine stehende und große Lieblingsbelustigung Mr. Brownlows, ihn mit seiner alten, Oliver betreffenden Prophezeiung aufzuziehen und an den Abend zu erinnern, an welchem sie die Uhr auf den zwischen ihnen stehenden Tisch gelegt hatten, und des Knaben Rückkehr erwarteten; allein Grimwig erklärte dann ohne Ausnahme, daß er in der Hauptsache doch recht gehabt habe, denn Oliver wäre eben nicht zurückgekommen, eine Bemerkung, welche von seiner Seite jedesmal belacht wird, was seine gute Laune noch verbessert.

Mr. Claypole wurde begnadigt, weil er wider den Juden als Zeuge aufgetreten, erachtete aber sein Handwerk nicht für so sicher, wie er es wohl wünschen mochte, und war eine Weile in Verlegenheit, wie er ohne zuviel Arbeit seinen Lebensunterhalt gewinnen sollte. Er hat nach reiflicher Ueberlegung das Geschäft eines Angebers begonnen, das ihn sehr anständig ernährt. Er geht nämlich Sonntags während des Gottesdienstes mit Charlotte würdevoll gekleidet aus. Die Dame sinkt an den Türen menschenfreundlicher Wirte in Ohnmacht, der Herr läßt Branntwein für sie geben, um sie wieder ins Bewußtsein zurückzurufen, bringt am folgenden Tage die Sabbatsverletzung zur Anzeige und steckt die Hälfte der Strafe ein, welche der Wirt bezahlen muß. Bisweilen wird Mr. Claypole selbst ohnmächtig, das Ergebnis ist aber dasselbe.

Mr. und Mrs. Bumble versanken, ihrer Stellen beraubt, allmählich in großes Elend und Dürftigkeit und wurden endlich als Arme in dasselbe Verpflegungshaus des Kirchspiels aufgenommen, in welchem sie einst geherrscht hatten. Man hat Mr. Bumble sagen hören, daß er bei dieser Umkehr und Erniedrigung nicht einmal Mut und Lust habe, für die Trennung von seiner Frau dankbar zu sein.

Mr. Giles und Brittles bekleiden fortwährend ihre alten Aemter und Würden; nur ist der erstere kahl und der letztgenannte Knabe vollkommen grau geworden. Sie schlafen im Pfarrhause, widmen aber ihre Aufmerksamkeit den Bewohnern desselben, Oliver, Brownlow und Losberne, so gleichmäßig, daß die Leute im Dorfe niemals haben erforschen können, wem sie eigentlich dienen.

Master Charles Bates, erschüttert durch Sikes' Verbrechen, geriet auf den Gedanken, ob ein rechtschaffenes Leben nicht am Ende doch noch das beste wäre, überlegte, kam zu dem Schlusse, daß dem so sei, und nahm sich vor, den Pfad der Tugend zu erwählen. Es wurde ihm eine Zeitlang äußerst schwer, er litt nicht wenig dabei, allein es gelang ihm endlich, da er einen zufriedenen und festen Sinn besaß. Er ging in saure Dienste bei einem Pächter, darauf bei einem Fuhrmanne und ist gegenwärtig der munterste junge Viehhändler in ganz Northamptonshire.

Und nun, am Schlusse, beginnt mir die Hand, welches dies niederschreibt, zu beben, und gern spänne ich den Faden meiner Erzählung noch ein wenig länger aus — verweilte so gern noch bei einigen der mir teuer Gewordenen, in deren geistigen Umgange ich mich so lange bewegt, um ihr Glück durch den Versuch seiner Schilderung zu teilen. Ich möchte Rose Maylie in der ganzen Blüte und Anmut der jungen Gattin schildern, wie sie auf ihren von der großen Welt entfernten Lebenspfad ein so mildes und schönes Licht warf, das auf alle mit ihr ihn Wandelnde fiel und in ihre Herzen leuchtete; — ich möchte sie als das Leben und die Lust des traulichen Kreises am Kamine und der froh in der Sommerlaube Versammelten schildern; ich möchte ihr mittags im Sonnenglanze folgen und den sanften Ton ihrer süßen Stimme bei Spaziergängen an den mondhellen Abenden vernehmen; sie bei ihren stillen Wohltätigkeitswanderungen und im Hause beobachten, wie sie lächelnd und unermüdet ihre häuslichen Pflichten erfüllt; möchte ihr Glück und das des Kindes ihrer hinübergegangenen Schwester malen, das sie genossen in gegenseitiger Liebe, in wehmütig-süßen Gedanken an so traurig verlorene Teure; möchte vor mir die fröhlich sie umspielenden, munter-geschwätzigen Kleinen hinzaubern; möchte mir den Ton ihres frohen Gelächters, die Freudentränen in ihrem sanften blauen Auge — ihr holdes Lächeln, ihre verständige Rede — jeden Blick, jedes Wort zurückrufen.

Wie Mr. Brownlow seinen angenommenen Sohn von einem Fortschritte in Kenntnissen aller Art zum andern führte und ihn, je mehr er sich entwickelte, immer lieber gewann — wie er in seinem Antlitze die Züge der Geliebten seiner Jugend suchte und mehr und mehr fand — wie sich die beiden durch Mißgeschick geprüften Waisen der Lehren desselben erinnerten und sie durch Milde und Nachsicht und Liebe gegen andere übten und unter inbrünstigem Danke gegen den Gott, der sie beschützt und gerettet — das alles braucht nicht erzählt zu werden; denn ich habe gesagt, daß sie wahrhaft glücklich waren, und ohne echte, innige Menschenliebe, ohne Dankbarkeit gegen Ihn im Herzen, dessen Gesetzbuch Gnade heißt und Erbarmen, und der die Liebe selbst ist gegen alles, was Odem hat, kann wahres Glück nimmer gewonnen werden.

Neben dem Altare der alten Dorfkirche erblickt man eine weiße Marmortafel, auf welcher nur das eine Wort — „Agnes!" eingegraben ist. In dem Grabgewölbe darunter befindet sich kein Sarg, und möchten noch viele, viele Jahre vergehen, ehe ein zweiter Name hinzugefügt wird! Doch wenn die Geister der

Wein bezeichnet zu werden. Freilich soll das Gesetz nicht an dieser Bestimmung scheitern. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Das Haus vertagt sich. Präsident Graf Stolberg schlägt vor, morgen keine Sitzung zu halten, da die Budgetkommission den Tag für ihre Arbeiten wünscht.

Abg. Dahlem (Ztr.) widerspricht dem Vorschlage.

Abg. Lebedour (Soz.): Auch ich bitte, morgen nicht ausfallen zu lassen. In der Budgetkommission wird überflüssig viel geredet. (Gr. Heiterkeit.) Die Budgetkommission kann auch auf andere Weise fertig werden, ohne das ganze Haus zum Feiern zu zwingen.

Nachdem die Abgg. Erzberger (Ztr.), Bassermann (natl.), Frhr. v. Hertling (Ztr.) den Vorschlag des Präsidenten befürwortet haben, wird dieser Vorschlag mit großer Mehrheit angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Weiterberatung des Weingesetzes, Gesetz zur Beseitigung der Doppelbesteuerung.)

Schluß 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Abendsitzung vom Montag, 8. März.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt".

Abg. Lüders (freikons.) führt Beschwerde über Verunreinigung der Leine durch Abwässer von Fabriken in Braunschweig.

Ein Regierungskommissar sagt Berücksichtigung der Interessen der Anlieger zu.

Abg. Rahardt (kons.) versichert den Minister des Vertrauens der Handwerker. Der Plan, den Pflichtfortbildungsschulen Lehrwerkstätten anzugliedern, ist wahnwitzig; erfreulicherweise hat die Regierung den Schulmännern erklärt, sie werde sich nie auf solche Experimente einlassen. Redner führt des weiteren Beschwerde über Härten bei der Durchführung der Bäckereiverordnung.

Minister Delbrück betont, daß die Einrichtung von Lehrwerkstätten im Anschluß an Fortbildungsschulen nach dem Kerschensteinschen Muster in München nicht ganz von der Hand zu weisen sei. In Preußen solle aber eine solche Einrichtung nur erfolgen, wenn die Interessenten es wünschten.

Abg. Flesch (Fr. Vp.) tritt für größere Förderung der Arbeitsnachweise ein. Es handelt sich dabei um eine sozialpolitische Frage von allererstem Range, deren Förderung übrigens den Unternehmern keine Lasten auferlegt, sondern im Gegenteil abnimmt. (Sehr richtig! links.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Schreiner (Ztr.) und Karow (kons.) wird ein Schlußantrag angenommen.

Der Titel wird bewilligt.

Zum Titel „Gewerbeinspektionsbeamte" liegt der Antrag Borgmann (Soz.) vor auf Hinzuziehung von Arbeitern und Aerzten zur Gewerbeinspektion und Anstellung von mindestens einer Gewerbeinspektorin in jedem Inspektionsbezirk.

Abg. Hirsch (Soz.) wünscht, daß in Zukunft die Gewerbeinspektorenberichte zur Etatsberatung vorliegen. Die Zahl der Inspektoren muß mindestens so vermehrt werden, daß jeder Betrieb einmal im Jahre revidiert werden kann. Die Inspektion sollte auch auf die Eisenbahnwerkstätten ausgedehnt werden. Besonders vorgebildete Aerzte für die Gewerbeinspektion sind deshalb notwendig, weil nur sie in der Lage wären, gewisse äußerst gefährliche Berufskrankheiten rechtzeitig zu erkennen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unser Antrag ist kein spezifisch sozialdemokratischer; ihm muß jeder zustimmen, dem es mit der Durchführung der Gewerbeinspektion wirklich ernst ist. Wir verlangen ja nicht, daß nur sozialdemokratische Arbeiter zur Kontrolle herangezogen werden. Wenn sich aber die sozialdemokratischen Arbeiter als die tüchtigsten erweisen, sollen sie nicht von der Kontrolle ausgeschlossen sein, weil sie Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß in jedem Jahre eine neue Assistentin angestellt worden ist, wie der Herr Minister sagte, trifft nicht zu; hoffentlich ist es in Zukunft der Fall. Die Notwendigkeit, mehr weibliche Aufsichtsbeamten anzustellen, hängt von den Aufgaben ab, die man der Gewerbeinspektion zuweist. Für die Wohnungsinspektion und die Inspektion in der Hausindustrie sind Inspektorinnen jedenfalls überall notwendig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Leistungen der Inspektorinnen durchaus zufriedenstellend sind, hat der Minister ja selbst zugegeben. Die Kosten würden eine halbe Million nicht übersteigen. So viel muß Preußen für diese wichtige sozialpolitische Aufgabe übrig haben. (Bravo! bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt. Der Antrag Borgmann wird der Gewerbekommission überwiesen. — Der Rest des Etats wird nach unwesentlicher Debatte erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Zweite Lesung des Wohnungsgeldzuschusses, Heranziehung der Beamten zur Kommunalsteuer.)

Schluß 11½ Uhr.

---

49. Sitzung vom Dienstag, den 9. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz betr. die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Schroeder-Kassel [natl.]) hat die Unterscheidung zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten fallen lassen, ferner beschlossen, daß die Orte, die nach den bisherigen Kommissionsbeschlüssen deklassiert blieben, in die Ortsklasse einzureihen sind, die ihrer bisherigen Stellung in der Servisklasseneinteilung entspricht, und endlich festgelegt, daß die nächste Revision des Ortsklassenverzeichnisses erfolgen solle mit Wirkung vom 1. April 1911. Das Staatsministerium wird ermächtigt, in der Zwischenzeit bei hervortretendem Bedürfnis in besonderen Ausnahmefällen die Einreihung einzelner Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse anzuordnen.

Abg. Frhr. v. Maltzahn (kons.): Das Kompromiß befriedigt uns zwar durchaus nicht, aber es ist als Provisorium annehmbar. Dadurch, daß nur ein Provisorium geschaffen wird, ist die Möglichkeit gegeben, später die Beschlüsse im Reich mit denen in Preußen in Uebereinstimmung zu bringen. Die Beseitigung der Differenzierung von verheirateten und unverheirateten Beamten begrüßen wir.

Abg. Schmedding (Ztr.): Die übergroße Mehrheit meiner Freunde wird für das Kompromiß stimmen, da es immerhin eine Reihe von Verbesserungen gegenüber den früheren Kommissionsbeschlüssen enthält. Ein Teil meiner Freunde hält die Heraufsetzung des Wohnungsgeldzuschusses um nur 33⅓ Proz. statt um 50 Proz. für zu gering und wird daher gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Hausmann (nat.) begrüßt es, daß die Kommission einen gangbaren Weg für die Zwischenzeit bis zur endgiltigen Regelung der Frage des Wohnungsgeldzuschusses gefunden habe.

Abg. Brütt (freikons.): Auch meine Freunde stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu, wenn auch teilweise mit sehr schwerem Herzen. Ganz unverständlich für den gesunden Menschenverstand ist die Differenzierung der Berliner Vororte. Von der Verringerung des Wohnungsgeldzuschusses von 50 Proz. auf 33,3 Prozent werden besonders die Beamten betroffen, die bei der Besoldungsvorlage nicht bedacht worden sind. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Gyßling (Fr. Vp.): Wir begrüßen es mit Freuden, daß sich alle Parteien auf den Antrag der Kommission vereinigt haben, und die Frage des Wohnungsgeldzuschusses nicht zum Spielball der Parteien gemacht wird. Die Unterbeamten sind durch das Kompromiß in jeder Weise benachteiligt, während nach der Regierungsvorlage ein Teil der Unterbeamten überhaupt keine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses bekam. Die Differenzierung der Junggesellen wird hoffentlich für immer begraben sein.

Abg. Peltasohn (Fr. Vg.) begrüßt das Zustandekommen eines einheitlichen Beschlusses der Kommission ebenfalls mit Genugtuung.

Abg. Ströbel (Soz.) Ich habe in der Kommission gegen den Kompromißantrag gestimmt, um dadurch der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß er den berechtigten Wünschen namentlich der unteren und mittleren Beamten nicht genügend Rechnung trägt. Wir werden heute dafür stimmen, aber nicht, ohne daß ich vorher dem lebhaftesten Bedauern darüber Ausdruck gegeben habe, daß diese Wünsche der unteren und mittleren Beamten so wenig berücksichtigt worden sind. Es war ein Fehler, daß das Wohnungsgeldzuschußgesetz nicht in Verbindung mit der Beamtenbesoldung beraten wurde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wurde bei der Beratung der Beamtenbesoldung immer auf die zu erwartende Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, namentlich für die unteren Beamten, hingewiesen. Ich habe schon damals der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß man den Ausgleich zwischen den unteren und mittleren Beamten dadurch herbeiführen werde, daß man die mittleren Beamten statt um 50 Prozent nur um 33,3 Prozent und die unteren Beamten nicht über 33,3 Prozent erhöhen werde. Diese Befürchtung ist leider eingetroffen. Der Zuschuß beträgt nun 60 Mk. im Durchschnitt weniger als nach der Regierungsvorlage. Das wurde nötig durch die Reklassierung der früher deklassierten Orte. Gerade bei den Unterbeamten wäre eine stärkere Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses absolut notwendig gewesen. Er beträgt jetzt 150 bis 480 Mk., nach der Erhöhung von 33,3 Prozent, im Durchschnitt 300 Mk. Das ist viel zu wenig. Wenn man auch darauf hingewiesen hat, daß die unteren Beamten bei der Besoldungsreform um 20 Prozent aufgebessert sind, die mittleren nur um 15 Prozent, die höheren Beamten um 7½ Prozent, so hätte man statt dieser schönen Prozentzahlen lieber die konkreten Zahlen anführen sollen. Dann hätte sich ergeben, daß eine Aufbesserung um 7½ Prozent bei den höheren Beamten in der Tat mehr als das Doppelte des Betrages ausmacht, den eine 20prozentige Erhöhung bei den Unterbeamten bedeutet. Im Durchschnitt wird der Zuschuß für die Unterbeamten um 77 Mk. erhöht, bei den mittleren Beamten aber um 183 Mk. usw. und in Klasse I um 328 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Selbst wenn man die 50prozentige Erhöhung vom Jahre 1906 hinzurechnet, so ergibt sich, daß bei den unteren Beamten der Zuschuß nur um 150 Mk. gegenüber 328 Mk. in Klasse I aufgebessert ist. Wenn man also davon spricht, daß seit 1906 der Wohnungsgeldzuschuß der Unterbeamten um 100 Prozent aufgebessert ist, so beweist das nur, wie gänzlich unzulänglich der Wohnungsgeldzuschuß vor dem Jahre 1906 war. (Sehr wahr! bei den Soz.) Angesichts dieser Tatsache waren die Angriffe des Herrn v. Pappenheim bei der zweiten Lesung gänzlich unberechtigt, der mir Unwissenheit oder Böswilligkeit vorwarf, weil ich nicht von der 20prozentiger Erhöhung für die Unterbeamten gesprochen hätte. Diese Art der persönlichen Angriffe scheint ja zu den Gepflogenheiten des Herrn von Pappenheim zu gehören, denn auch meinem Freunde Leinert gegenüber hat er dieselben Ausdrücke gebraucht. Es hat sich also gezeigt, daß Herr v. Pappenheim der Erziehung außerordentlich bedürftig ist. Dadurch ist ja auch die Lex-Pappenheim nötig geworden, durch welche alle Zwischenrufe wie „Bengel", „Frechheit" usw., die den schönen Kammerherrnton beweisen, in Zukunft aus dem amtlichen Stenogramm herausbleiben sollen. Wir werden uns mit Geduld und Nachsicht dem Erziehungswerk widmen. (Zuruf rechts: Herr Hoffmann! — Abg. Hoffmann [Soz.]: Geben Sie mit gutem Beispiel voran. — Heiterkeit.) Wir brauchen wohl manchmal kräftige Ausdrücke zur Kennzeichnung unseres Standpunktes, aber persönliche Ungezogenheiten ohne Provokation begeben wir nicht. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Spannung zwischen den einzelnen Klassen des Wohnungsgeldzuschusses ist noch viel zu hoch. Es ist durchaus unsozial, wenn man den obersten Beamten zwar eine anständige Wohnung zahlt, aber den unteren Beamten höchstens ermöglicht, eine Zweizimmerwohnung zu mieten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß die Mittel für eine Erhöhung des Zuschusses an untere und mittlere Beamte durch Sparsamkeit an geeigneteren Stellen sehr wohl aufzubringen wären, haben wir Ihnen wiederholt nachgewiesen. Ich erinnere an die Gehälter der Geistlichen, an die 300 000 Mk. für den Geheimfonds der Polizei usw., Nun, die Sache ist ja noch nicht endgiltig gelöst. Ich hoffe, daß man sich im Jahre 1911 nicht nur mit einer Neuregelung der Ortsklassen begnügen wird, sondern das ganze Wesen des Wohnungsgeldzuschusses in einer Weise umgestalten wird, daß die Forderungen der unteren und mittleren Beamten besser befriedigt werden als durch dieses Kompromiß. (Bravo! bei den Soz.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

In der Abstimmung werden die Kompromißanträge angenommen.

Ebenso wird das Mantelgesetz in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Heranziehung der Beamten zur Gemeindeeinkommensteuer.

Die Kommission hat im § 1 das Kommunalsteuerprivileg der Geistlichen, Elementarlehrer und der bisher bevorrechtigten unteren Kirchendiener, soweit sie nach dem 31. März 1909 in das Amtsverhältnis eintreten, beseitigt.

Abg. v. Groeben (kons.) befürwortet einen Antrag der Konservativen, den Geistlichen das bisherige Kommunalsteuerprivileg zu belassen.

Abg. Dr. Heisig (Ztr.) tritt für einen Antrag des Zentrums auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein.

Ministerialdirektor v. Chappuis tritt für das Steuerprivileg der Geistlichen ein, das sich historisch entwickelt habe.

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff bittet gleichfalls dringend, die Regierungsvorlage auch hinsichtlich der Lehrer wiederherzustellen. Man würde hier den Lehrern wieder nehmen, was man ihnen bei der Lehrerbesoldungsordnung gegeben hat.

Abg. Ecker (natl.) erklärt, daß seine Freunde trotz wichtiger Bedenken für die Aufhebung des Steuerprivilegs der Lehrer und Geistlichen stimmen würden, da aus den Kreisen dieser Beamten vielfach Wünsche auf Gleichstellung mit den übrigen Beamten laut geworden wären.

Abg. Ziethen (freikons.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Waldstein (Fr. Vg.): Uns befriedigen die Kommissionsbeschlüsse sehr wenig. Wir halten eine Gleichstellung aller Beamten, auch der Lehrer in bezug auf ihre Rechte und Pflichten für geboten und haben als freisinnige Fraktionsgemeinschaft einen dahingehenden Antrag eingebracht. Die Regierung hat sich früher auch auf das entschiedenste dagegen gewandt, daß durch differentielle Behandlung der Beamten in bezug auf das Steuerprivileg ein Keil in die Beamtenschaft hineingetragen werde. Auf diesem Standpunkt stehen wir heute noch. (Bravo! links.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Hirsch (Soz.) stellt zur Geschäftsordnung fest, daß ihm durch den Schlußantrag die Möglichkeit genommen sei, die Stellung seiner Freunde zu den Kommissionsbeschlüssen darzulegen.

In der Abstimmung wird der Antrag Heisig auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt, der konservative Antrag, das Steuerprivileg der Geistlichen aufrecht zu erhalten, wird mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Polen angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. (Außerdem Beratung eines Gesetzentwurfs, betr. die Erweiterung des Stadtkreises Linden, und erste Beratung des Stempelsteuergesetzes.)

Schluß 5 Uhr.

Toten zur Erde zurückkehren, die durch Liebe — über das Grab hinausreichende Liebe geheiligten Stätten zu besuchen — die Wohnstätten derer, die sie in ihrem Leben kannten, so glaube ich, daß der Schatten des armen Mädchens oft, oft das leere Plätzchen umschwebt — obwohl es sich in einer Kirche befindet, und obwohl Agnes schwach war und vom rechte Pfade abirrte.

— Ende. —

Kleines Feuilleton.

K.-K. **Ueber Luftelektrizität** lesen wir in der weitverbreiteten Monatsschrift „Kosmos", dem Organ der gleichnamigen Gesellschaft der Naturfreunde in Stuttgart, folgende, nicht uninteressante Mitteilungen. Die alljährlich auftretenden, oft sehr heftigen Wintergewitter beweisen auch dem Laien, daß die atmosphärische Elektrizität durchaus nicht etwa ein Erzeugnis sehr starker Erwärmung der Luft ist. Den Physikern ist es seit langem bekannt, daß die Luft jederzeit, im Winter wie im Sommer, nicht nur bei Vorhandensein von Gewitterwolken, sondern erst recht bei ganz wolkenfreiem Himmel elektrisch, und zwar durchgehends negativ elektrisch ist. Es ist auch nicht schwer zu erklären, wie die elektrischen Entladungen in der Atmosphäre zustande kommen: Träger der atmosphärischen Elektrizität ist der Wasserdampf; indem er sich zu Tropfen verdichtet, nimmt das Wasser einen etwa 1700mal so kleinen Raum ein, und um ebensoviel wird die auf den Wassermolekülen verbreitete Elektrizität zusammengedrängt, wodurch ihre Spannung erhöht wird, und dies wieder hat endlich die elektrischen Entladungsschläge in Form von Blitzen zur Folge. Aber man fragte sich bislang vergeblich, woher die Luft ihre Elektrizität habe. Diese Frage scheint jetzt durch die Untersuchungen des Herrn G. Melander gelöst zu sein. Herr Melander setzte verschiedene Körper: Paraffin, Hartgummi, eine Guttaperchascheibe, Siegellack, einen Glasstab usw. längere Zeit der Bestrahlung durch die Sonne aus, nachdem er sich vorher vergewissert hatte, daß sie entweder ganz und gar unelektrisch waren oder doch nur schwache Spuren von Elektrizität zeigten. Nach der Bestrahlung durch die Sonne waren sie kräftig elektrisch, und zwar negativ mit Ausnahme des Glases, das positive Elektrizität aufgenommen hatte. Bei hohem Sonnenstande und klarer Luft war die Elektrisierung erheblich stärker als bei niedrigem Stande der Sonne und bei bedecktem Himmel. Diese Versuche, die vielmals und zu verschiedenen Jahreszeiten wiederholt wurden, berechtigten zu dem Schlusse, daß die Sonne uns nicht nur Lichtstrahlen, Wärmestrahlen und chemisch wirkende Strahlen zusendet, sondern auch elektrische Strahlen. Dagegen erwiesen sich unsere künstlichen Lichtquellen, auch die stärksten, wie z. B. das elektrische Bogenlicht, frei von elektrischen Strahlen.

* * *

K.-K. **Für Tauben- und Hühnerzüchter** sehr interessante Ausführungen finden wir in dem kürzlich zur Jahrhundertfeier der Geburt des Begründers der Entwicklungslehre ausgegebenen reichhaltigen und schön ausgestatteten Darwinfestheft des „Kosmos". Die bekannte Monatsschrift der gleichnamigen Gesellschaft der Naturfreunde in Stuttgart führt in einem „Darwin als Ornithologe" überschriebenen Artikel u. a. aus:

„Hat schon die ornithologische Wissenschaft aus der gewaltigen Lebensarbeit des britischen Geisteshelden hohen Gewinn gezogen, so fast noch mehr die praktische Tierzucht. Für den Geflügelzüchter insbesondere muß Darwins mit fast pedantischer Genauigkeit geschriebenes Werk über das Variieren im Zustande der Domestikation geradezu als eine Art Evangelium bezeichnet werden. Was kann er nicht alles daraus lernen! Welchen Aufschwung hat nicht seitdem auf Grund der Darwinschen Forschungen die Rassezucht genommen! Kann es aber auch etwas Schöneres, Gediegeneres, Gewissenhafteres geben, als z. B. Darwins Forschungen über die Taubenrassen? Wie geistvoll und scharfsinnig führt er da aus, daß alle 150 von ihm gekannten Taubenrassen allein die wilde Felsentaube zur Stammutter haben müssen! Die Natur liefert die Abänderungen, anfangs nur Monstrositäten, und der Mensch sammelt und summiert sie in der ihm vorteilhaft erscheinenden Richtung, während andererseits manche den Wildlingen notwendige Organe durch Nichtgebrauch verkümmern, selbst fest eingeprägte Instinkte, so daß z. B. die Küken der Haushühner keine Furcht vor Hunden mehr haben. Andererseits können ganz neue Instinkte durch zielbewußte Zucht eingepflanzt werden, wie z. B. das Sichüberschlagen der Purzeltauben in hoher Luft. Der Züchter wird vertraut gemacht mit dem Gesetze der Korrelation, wonach die Abänderung eines Körperteils auch die eines anderen nach sich zieht, so daß er bei künstlicher Zucht außer mit den gewollten Wirkungen immer auch noch mit davon abhängigen unbeabsichtigten zu rechnen hat. So pflegt das Längerwerden der Beine auch eine größere Streckung des Schädels und einen verlängerten Schnabel nach sich zu ziehen, und das Auftreten von Federfüßen ist fast regelmäßig mit dem einer Spannhaut zwischen den äußeren Zehen verbunden. Gewisse Grenzen sind aber dem Variieren immer gezogen. Auch bei der kurzschnäbeligsten Purzeltaube darf der Schnabel nicht so kurz werden, daß der ausschlüpfende Embryo damit nicht mehr die Eischale durchbrechen könnte. Junge Tauben verschiedener Rassen sind sich viel ähnlicher als alte, was ja auch auf eine gemeinsame Abstammung schließen läßt. Das sich wie ein roter Faden durch die ganze Schöpfung ziehende Sparsamkeitsgesetz der Natur verdient gleichfalls die Beachtung des Züchters, da z. B. großhaubige Hühner nicht zugleich auch stark entwickelte Kämme bekommen können. Ueber das Auftreten von Rückschlägen kann er sich auch aus Darwins Werke Rat holen. Welches Entsetzen herrscht z. B. in Taubenkreisen, wenn plötzlich ein Huhn mit ausgeprägten Hahnensporen erscheint! Man hat eben vergessen, daß es noch zu Bechsteins († 1822) Zeiten in Deutschland eine besondere Hühnerrasse gab, bei der auch die Hennen Sporen trugen, die aber wieder ausgemerzt wurde, weil dieser Schmuck sich beim Brutgeschäfte höchst unpraktisch, ja für das Gelege gefährlich erwies. Werden aus diesem Grunde die Weibchen so vielfach auch im Freien durch natürliche Zuchtwahl vor dem Erlangen spezifisch männlicher Eigenschaften (z. B. wallende Federn und glänzende Farben) ausgeschlossen."

Parteinachrichten.

Vom Strafkonto der Presse. Wegen Boykottvergehens wurde Genosse Krasser als verantwortlicher Redakteur des „Sächsischen Volksblattes" vom Zwickauer Schöffengericht zu 50 Mark Strafe bezw. 5 Tagen Haft verurteilt. — Das Vergehen wurde darin erblickt, daß in einem Bericht aus Nieder-Haßlau gesagt worden war, ein Gastwirt aus diesem Orte gebe den Saal nicht mehr zu Versammlungen her und die Arbeiter sollten daraus die richtige Lehre ziehen. Es wurde darin ein Vergehen gegen die amtshauptmannschaftliche Boykottverordnung erblickt.

Aus den Organisationen. Am Sonntag tagte im Dortmunder Gewerkschaftshaus die 5. Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlkreisvereins Dortmund-Hörde, in der Bericht erstattet wurde über das halbe Geschäftsjahr vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1908. Trotz der wirtschaftlichen Krise, unter der die Arbeiterschaft des Kreises stark zu leiden hat, ist der Bericht des Vorstandes durchaus günstig. Die Zunahme der männlichen Mitglieder beträgt in dem halben Jahr 519. Insgesamt stellt sich die Zahl der Vereinsmitglieder auf 8527, worunter sich 1404 Genossinnen befinden. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter beträgt 69. Die im Herbst stattgefundenen Gemeinderatswahlen haben der Sozialdemokratie mehr Stimmen gebracht, als den gesamten bürgerlichen Parteien. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterzeitung" hat im Kreise um 2500 zugenommen.

Der neue badische Landesvorstand. Bei der im sozialdemokratischen Verein Mannheim vorgenommenen Wahl des Landesvorstandes wurden die Genossen Geiß, Hahn, Lind, Pfeiffle und Schäfer wiedergewählt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Deutsche Bergarbeiterverband im Krisenjahr 1908. Unter den wenigen Gewerkschaften, die im verflossenen Jahre weiteren Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatten, befindet sich auch der Deutsche Bergarbeiterverband. Die von uns schon kurz im Auszuge wiedergegebene Jahresabrechnung für 1908 weist gegen das Vorjahr eine reine Mehreinnahme an Mitgliederbeiträgen von über 100 000 Mk. auf, was einem Zuwachs von rund 5000 zahlenden Mitgliedern entspricht. Das ist besonders erfreulich, wenn man bedenkt, daß die freie Gewerkschaft sich im engsten Nahkampf mit den syndizierten Riesenkapitalisten befindet, deren System der schwarzen Listen darauf angelegt ist, den freien Arbeitersinn in sklavische Unterwürfigkeit zu verwandeln. Zu den Zechensyndikaten gesellt sich mit einer beispiellos niederträchtigen Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes die ultramontane und antisemitische Radaupresse. Der konzentrische Kampf der sogenannten „Christlichnationalen" richtet sich gleichfalls besonders gegen den Bergarbeiterverband, dessen Leitung zu verleumden einer der „Christlichnationalen" schon mal zynisch als „mein Geschäft" bezeichnete. Daß sie gegenüber solchen Feinden das Feld behauptet und sogar vorwärts kommt, stellt der Verbandsmitgliedschaft ein ehrendes Zeugnis aus. Es haben beim Deutschen Bergarbeiterverband betragen die

	Einnahmen an Mitgliederbeiträgen	Kassenbestände am Jahresschluß
1906 . . .	1 587 836,46 Mk.	1 252 645,— Mk.
1907 . . .	1 690 406,10 „	2 000 494,23 „
1908 . . .	1 792 068,75 „	2 816 944,04 „

Die Gesamteinnahme belief sich letztjährig auf 2 019 203,84 Mark. Davon wurden ausgegeben 31 898,88 Mk. für Gemaßregelte und Ausgesperrte (Schwarze Listen!), 45 489,59 Mk. für Streikende, 18 050,49 Mk. für Arbeitslose (gegen nur 5655,70 Mark im Vorjahre), 89 663,34 Mk. für Rechtsschutz der Mitglieder (Rechtsschutzbureaus, Arbeitersekretariate usw.), 254 397 Mark 95 Pfg. für kranke Mitglieder, 74 010 Mk. an Sterbegelder für Hinterbliebene. Der Verband hat in den letzten drei Jahren an seine Mitglieder 2 122 239,93 Mk. Unterstützungen ausgezahlt und vermehrte sein Vermögen in derselben Zeit um 1 564 299,04 Mk. auf über 2,8 Millionen. Da der Bergarbeiterverband nur 40 Pfg. Wochenbeitrag erhebt, wovon auch die gesamten örtlichen Verwaltungskosten und die Boten der Verbandszeitung bezahlt werden, so bietet die Verbandsleitung das Beispiel einer umsichtigen und sparsamen Verwaltung von Arbeitergroschen. Das hat die Arbeiterfeinde vom Schlage der Reichslügenverbändler natürlich nicht verhindert, auch die Verwaltung des Bergarbeiterverbandes zu verleumden, sie „vergeude die Arbeitergroschen".

Lohnbewegung der Schneider in der Oberlausitz (Sachsen). Auf die Forderungen, welche die Schneider von Seifhennersdorf, Eiban, Leutersdorf, Neugersdorf an die Arbeitgeber stellten, haben nur einzelne es für notwendig gehalten, Zugeständnisse zu machen. Die Herren vom Arbeitgeberverband machen den Arbeitern nicht die geringsten Zugeständnisse. Die Schneider haben daher beschlossen, die Kündigung einzureichen, da die Herren Unternehmer nicht gewillt sind, die Lohnfrage friedlich zu regeln. Arbeitsangebote aus den genannten Orten sind abzulehnen.

Schwarzer Terrorismus. Der katholische Arbeiterverein in Neumarkt i. O. zählte 500 Mitglieder. Das Stimmenverhältnis bei den letzten Wahlen erweckte in den schwarzen Führern den Verdacht, die 500 könnten nicht alle sattelfeste Zentrumswähler sein. Deshalb mußte etwas geschehen. Der Präses erließ den Befehl, daß sämtliche Mitglieder den „Arbeiter", das nach Reichsverbandsmanier redigierte Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, abonnieren müssen, andernfalls der Ausschluß aus dem Verein erfolge. Einige wurden tatsächlich ausgeschlossen, während die Mehrzahl freiwillig den schwarzen Terroristen den Rücken kehrte. Nun betrauern die Zentrumsgeistlichen den Verlust von 400 Mitgliedern.

Der Schneiderverband zählte am Schluß des 4. Quart. 38 417 Mitglieder. Gegenüber dem Jahresschluß 1907 ist ein Mitgliederrückgang von 1854 zu verzeichnen, der indes nur zufällig ist. Die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge ist nämlich gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich gestiegen. Es wurden von den männlichen Mitgliedern 11 440 und von den weiblichen sogar 103 270 Wochenbeiträge mehr geleistet als im Jahre 1907. Der Verband hat also in Wirklichkeit eine innere Stärkung erfahren, wenngleich durch die Reinigung der Mitgliederlisten von Restanten ein Rückgang in der Mitgliederzahl eingetreten zu sein scheint.

Das Ende des Dresdener Zigarrenarbeiterstreiks. Der Zigarrenarbeiter-Ausstand bei der Firma Gebr. Jodicke in Dresden ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Das gemaßregelte Mitglied des Arbeiterausschusses wurde mit vollen Rechten wieder aufgenommen, ebenso sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

Wegen eines Flugblattes gegen die Firma Biesolt u. Locke in Meißen wurde der Gauleiter des Holzarbeiterverbandes in Dresden, Gerlitzki, vom Meißener Schöffengericht zu 40 Mk. Strafe oder 4 Tagen Haft verurteilt. Es wurde ihm der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt, aber das Urteil in dieser Höhe gefällt, weil eine formale Beleidigung für vorliegend erachtet wurde. In dem Flugblatte wurde der Firma vorgeworfen, daß sie die organisierten Arbeiter zugunsten der „Gelben" maßregelte. Dieser Vorwurf wurde durch Zeugen bewiesen. Der Obermeister der Firma nahm an den Vorstandssitzungen der „Gelben" teil und ein Vorstandsmitglied ist zugleich auch Angehöriger des Hirsch-Dunckerschen Vereins.

Die Former und Gießereiarbeiter in Ueckermünde sind wegen Lohnreduktion in den Ausstand getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Ein Streik des Bühnenpersonals am deutschen Volkstheater in Wien endete mit einem vollen Erfolg. Am Freitag beschied die Direktion zwei Verbandsfunktionäre, die Genossen Meninger und Hermann, zu sich, um mit ihnen wegen Abschluß eines Vertrages zu verhandeln. Im Laufe dieser Verhandlungen kam eine Einigung zustande. Die Direktion sagte den Arbeitern eine sofort in Kraft tretende Lohnerhöhung von 4 Kronen 50 Heller zu und verpflichtete sich, ihnen vom 31. Oktober 1909 an eine solche von 5 Kronen 50 Heller zu gewähren. Außerdem erklärte die Direktion, daß die Gagen ganzjährig bezahlt werden sollen, was mit Anerkennung begrüßt werden kann, weil das deutsche Volkstheater damit das erste Theater sein wird, das seinen Arbeitern die Löhne das ganze Jahr hindurch, also auch während der Ferienzeit zahlt. Weiter wurde von der Direktion dem Personal wöchentlich ein ganzer Ruhetag gewährt. Die Nachmittagshonorare werden um eine resp. zwei Kronen erhöht, die Organisation, sowie deren Vertrauensmänner werden von der Direktion anerkannt; von der Spielzeit 1909/10 ab werden sämtliche Arbeiter in der Allgemeinen Arbeiterkranken- und Unterstützungskasse versichert; wegen der Teilnahme am Streik darf während der ganzen Vertragsdauer niemand entlassen werden. Die Frauen einzelner streikenden Arbeiter wurden wieder eingestellt, die Streikbrecher wurden entlassen.

Genossenschaftsbewegung.

Den Rabattmarkenschwindel kennzeichnet sehr hübsch ein Ausschußmitglied des Münchener Schutzvereins für Handel und Gewerbe. Der Herr, dem Sachverständnis nicht abgesprochen werden kann, betont zunächst einmal ganz entschieden, daß es eine Unwahrheit ist, wenn die Rabattler immer behaupten, sie gewährten den Rabatt ohne entsprechenden Preisaufschlag. Das ist, so belehrt uns unser Gewährsmann, der dabei seine Erfahrungen ins Feld führt, gar nicht möglich. Die Krämer helfen sich einfach damit, „daß sie den zu gewährenden Rabatt entweder vorher der Ware hinzurechnen oder eine geringere Qualität verabfolgen. Dies ist eine unleugbare, von vielen Seiten rundweg zugestandene und für die Einsichtigen der Kaufleute selbstverständliche, durch die Natur des Geschäfts sich erklärende Tatsache".

Dann heißt es weiter:

„Nun hört man, daß zur Entschuldigung regelmäßig auf den angeblichen volkswirtschaftlichen Wert des Rabattgebens durch Erweckung des Sparsamkeitssinnes hingewiesen wird. In Wahrheit ist aber bezüglich des „Sparens" das gerade Gegenteil der Fall. Denn da von den Rabattgeschäften in genauer Kenntnis der Psychologie unserer Frauen meistens nur für runde Beträge ein voller fünfprozentiger Rabatt gewährt wird, so ist für die Frauen, die man so gern vor der Versuchung des unnötigen, durch die Gelegenheit in den Warenhäusern gebotenen Einkaufes über ihren Bedarf und ihre Verhältnisse hinaus bewahren möchte, der gleiche Anreiz in den Rabattgeschäften gegeben, da jede „sparsame" Hausfrau auf eine weitere Rabattmarke als Hauptzweck ihres Kaufes großen Wert legt. Käufe um Pfennige werden seltener, eine Mark wird meistens voll gemacht. Läßt sich aber jemand hierzu nicht verleiten, so besteht für ihn die begründete Gefahr, 5 Prozent über den regulären Preis zu bezahlen. Das gleiche ist der Fall für diejenigen, die keine Marken sammeln, für Fremde und für solche, welche vergessen, sie zu verlangen. Auch Leute (Behörden, Anstalten, Kontoinhaber), welche ihre Rechnungen vierwochentlich oder anders begleichen, Käufer von auswärts, welche unter Nachnahme beziehen, und a. m. zahlen auf diese Weise einen höheren Preis als in anderen Geschäften.

Da die gewährten Rabatte nicht sofort in bar überwiesen, sondern hierfür Marken gegeben werden und für deren Einlösung ein vollgeklebtes Markenbuch Bedingung ist, so wird auf die Käufer ein Zwang dahin ausgeübt, in den Geschäften zu kaufen, die den Rabattvereinen angeschlossen sind. Nach einer gewissen Zeit verfallen die nicht eingelösten Marken zugunsten der Vereine. Hierbei wäre die Prüfung der rechtlichen Ansprüche der Käufer interessant. Auch der Zinsengenuß des zurückgehaltenen Rabattes kommt den Vereinen zugute, eine wohlfeile Art der Zinsnußnießung fremden Geldes! Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Geschäfte sich in Menge diesen Vereinen anschließen und es nicht mehr als Kuriosum zu bezeichnen ist, wenn der Schuster auf den Arbeitslohn für das Flicken der Stiefel Rabattmarken gibt. Dem Eingeweihten ist es bekannt, daß insbesondere anfangs Geschäfte zweifelhaften Renommees unter den ersten Zuläufern dieser Vereine waren und daß infolgedessen heute so manche Firma berüchtigten Namens unter den Mitgliedern derselben prangt, während die bedeutenderen alten und guten Geschäfte den Vereinen fernstehen. Für ersteres war diese Gründung Wasser auf die Mühle. Ich habe gelegentlich bei Einkäufen in verschiedenen Geschäften über das Verhalten bezüglich des Rabattgebens meine Beobachtungen gemacht. Meistens werden die Marken nur bei direktem Verlangen abgegeben. Bei einer Diskussion hierüber wird zunächst die vorherige Erhöhung der Preise strikte in Abrede gestellt, wenn man sich aber als Geschäftsmann und mit seinem Namen zu erkennen gibt, über die schlechten Zeiten und den geringen Nutzen klagt und sich als „Eingeweihter" bezeichnet, dann wird die Wahrheit zugestanden. Es ist für mich über jeden Zweifel erhaben, daß dieses „Vorbieten" eine moralisch mindestens bedenkliche Handlungsweise darstellt und mit der dadurch beabsichtigten Rabattgewährung eine Beleidigung jedes urteilsfähigen, klardenkenden Menschen bedeutet."

Das ist ganz gut gesagt. Aber selbst recht hausbackene Wahrheiten finden nicht leicht ihren Weg, und so muß man wohl damit rechnen, daß die Rabattseuche noch einige Zeit ihre Opfer fordert. Schließlich werden aber auch die Rückständigsten einmal durch die Erfahrungen belehrt werden. Ein Abflauen des Rabattunwesens ist ja ganz deutlich heute schon zu bemerken.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Die Hamburg-Amerika-Linie im Krisenjahr 1908.** Die Hamburg-Amerika-Linie gibt die Hauptziffern ihres Abschlusses für das Geschäftsjahr 1908 bekannt. Von der Verteilung einer Dividende soll nach dem Vorschlage des Aufsichtsrats abgesehen werden. Der im Jahre 1908 erzielte Ertragsgewinn beziffert sich auf etwa 16 Millionen Mark, wovon nach Abzug der Zinsen für die Prioritäts-Anleihe ein Betrag von annähernd 13 Mill. Mark für Abschreibungen und Zurückstellungen verwendet werden wird. Ein Vergleich der Ergebnisse mit denen der Vorjahre ergibt folgendes Bild:

	1908	1907	1906
Ertragsgewinn	16 Mill. Mk.	25,2 Mill. Mk.	32,2 Mill. Mk.
Abschreibungen	13 „ „	17,8 „ „	21,8 „ „
Dividende	0 %	6 %	10 %

Die Geschäftslage der großen Schiffahrtsgesellschaften hat sich, wie allgemein bekannt war, in dem verflossenen Jahr sehr ungünstig gestaltet. Sowohl der Frachtverkehr als das Passagiergeschäft hat einen außergewöhnlich starken Rückgang erfahren, fiel doch mit der Krise in europäischen Ländern die noch stärkere wirtschaftliche Erschütterung der Vereinigten Staaten zusammen. Die letzten Monate des Jahres 1907, für das die Hamburg-Amerika-Linie 6 Proz. Dividende verteilte, standen bereits im Zeichen der Krise, die Dividende von 10 Proz. im Jahre 1906 war das Ergebnis der internationalen Hochkonjunktur, für das Jahr 1905 wurde eine Dividende von 11 Prozent verteilt, die Gesellschaft hatte 1905 durch den russisch-japanischen Krieg außergewöhnliche Gewinne erzielt. Die Verwaltung der Gesellschaft bemerkt, daß in dem Betriebsgewinn von 16 Millionen die Ueberweisung nicht enthalten ist, die der Morgan-Trust auf Grund des zwischen ihm und der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd bestehenden Vertragsverhältnisses für 1908 zu zahlen hat. Diese Ueberweisung im Betrage von 1,6 Mill. Mk. wird vielmehr dem laufenden Jahre zugute kommen. Das hier erwähnte Vertragsverhältnis zwischen dem Morgan-Trust und den beiden großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften besteht seit Ende 1902. Der Morgan-Trust ist ein amerikanisch-englischer Schiffahrts-Trust, der mit den beiden deutschen Reedereien ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen hat. Um die Interessen enger zu gestalten, bestimmt der Vertrag, daß die beiden deutschen Gesellschaften dem Syndikat alljährlich den Anteil an ihrer Dividende auszuzahlen haben, welcher einem Besitze von mindestens 20 Millionen Mark in Aktien entsprechen würde. Das Syndikat ist verpflichtet, den deutschen Gesellschaften auf gleichfalls mindestens 20 Millionen eine Verzinsung von 6 Prozent aus den Mitteln des Syndikats zu vergüten. Beeinträchtigt wurden die Erträgnisse der großen Schiffahrtsgesellschaften auch durch die zum Teil infolge der internationalen Konkurrenz bedingten Bauten von Riesendampfern. Die Hamburg-Amerika-Linie hat, wie schon mehrfach unwidersprochen festgestellt wurde, bei manchen Bauten die Verwendung ihrer Schiffe für Kriegszwecke berücksichtigt. Sie entsprach dabei dem Verlangen der führenden Flottenkreise, die Vorteile, die sie auf der anderen Seite von der Reichsregierung dafür zu erlangen wußte, sind in ihren Geschäftsberichten natürlich nicht verzeichnet. Ungünstiger als die Hamburg-Amerika-Linie hat bei den großen Schiffsbauten der Norddeutsche Lloyd abgeschnitten, der sich von der Krise völlig überraschen ließ und ohne Rücksicht auf die herannahende Depression große Schiffsbestellungen erteilte, die seine Lage schwer erschütterten. Der Auswandererverkehr, dessen enormer Rückgang die Erträgnisse beider Gesellschaften erheblich beeinträchtigte, hat im laufenden Jahre wesentliche Steigerungen erfahren. Nach vorliegenden Meldungen betrug die Auswanderung über Hamburg im Februar 11 706 Personen gegen 4006 Personen im Februar des Vorjahres und 13 222 Personen im Februar 1906. Seit Beginn des Jahres betrug die Auswanderung 20 374 Personen gegen 8009 in der gleichen Zeit 1908. Von Bremen nach Nordamerika beförderte der Norddeutsche Lloyd 13 319 Zwischendeckspassagiere gegen 3942 im Februar des Vorjahres.

Zur Finanzierung ihrer in Gröba in Sachsen zu erbauenden Seifenfabrik hatte die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine eine Anleihe von einer Million zur Zeichnung aufgelegt. Am 1. Februar begannen die Zeichnungen, am letzten Februar aber war die Anleihe bereits um eine Viertelmillion überzeichnet. Wenn man bedenkt, daß die Gelder zum weitaus größten Teil von den ärmsten Schichten unseres Volkes aufgebracht werden mußten, darf man dieses Resultat als einen überaus großen Erfolg bezeichnen. Es legt Zeugnis von dem Vertrauen ab, das die organisierten Konsumenten ihrer Großeinkaufs-Gesellschaft entgegenbringen, zugleich aber läßt es wachsendes Verständnis für die Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Organisation beim deutschen Volke erkennen. Denn ein großer Teil der gezeichneten Summe stammt von Privatleuten, stellt die Ersparnisse „kleiner Leute" dar, die dem Privatkapital entzogen und der genossenschaftlichen Eigenproduktion zugängig gemacht wurden. Ein gutes Omen für die Seifenfabrik der organisierten Konsumenten.

Soziales.

Arbeiterfürsorge auf der Reichswerft in Kiel. Auf den Anschlagtafeln im Betriebe der Kieler Reichswerft prangt eine Bekanntmachung des Wohlfahrtsvereins, die besagt, daß den Werftarbeitern unentgeltlich Sparbüchsen zum Sparen selbst der kleinsten Beträge zur Verfügung gestellt werden. Die Büchsen seien zugleich ein Schmuckstück für die Wohnungen. Die ersparten Beträge sollen nach einem Abkommen mit der Gaardener Bank mit 4 Prozent verzinst werden. — Der Wohlfahrtsverein ist eine aus Offizieren und hohen Beamten der Werft zusammengesetzte Körperschaft, die die Wohlfahrtseinrichtungen der Werft verwaltet. Einen Einfluß auf diese Wohlfahrtseinrichtungen haben die Arbeiter nicht, auch finden ihre Wünsche keinerlei Berücksichtigung, trotzdem sie als Konsumenten der Wohlfahrtseinrichtungen (Biervertrieb auf der Werft, Werftspeisehaus usw.) die Ueberschüsse schaffen, mit denen der Wohlfahrtsverein seinen Wohlfahrtssport treiben kann.

Zum Kölner Aerztestreik. Der Kölner Regierungspräsident hat zum Aerztestreik eine Erklärung erlassen, in der betont wird, daß infolge der Weigerung der Landärzte, die durch den Krankenkassenverband ihnen überwiesenen kranken Personen in Behandlung zu nehmen, die Aufsichtsbehörde verpflichtet gewesen sei, einzugreifen, um durch Klage im ordentlichen Rechtswege die Verpflichtung der Aerzte zur Behandlung der ihnen überwiesenen Versicherten festzustellen. — Sonntag vormittag fand in Köln eine vom Vorstand des Krankenkassenverbandes veranstaltete Versammlung statt, die nach einem Referat von Fräßdorf-Dresden eine Resolution annahm, in der dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die volle Zustimmung zu seiner Erklärung in der Reichstagssitzung vom 5. Februar ausgesprochen und weiter die Erwartung gehegt wird, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die den Krankenkassen einen wirksamen Schutz vor Vergewaltigungen durch den Aerzteverband gewährleisten.

ssc. **Die weibliche Erwerbstätigkeit nach der Berufszählung von 1907.** Die Berufszählung vom 12. Juni 1907, deren Hauptzahlen kürzlich veröffentlicht wurden, hat als eines der wichtigsten Ergebnisse eine gewaltige Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit aufgewiesen. Bei einer Vermehrung der weiblichen Gesamtbevölkerung von 1895 bis 1907 um nur 18,58 Proz. hat die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberuf um 56,59 Proz., einschließlich der häuslichen Dienstboten (deren Zahl etwas zurückgegangen ist) um 44,21 Proz. zugenommen, während die männlichen Erwerbstätigen nur eine Zunahme von 19,85 Prozent, einschließlich der Dienenden von 19,75 Proz., erfahren haben. Standen 1895 noch 5 264 393 weiblichen Erwerbstätigen 15 506 482, also fast dreimal soviel männliche gegenüber, so war im Jahre 1907 die Zahl der männlichen Erwerbstätigen mit 18 583 864 nicht viel mehr als doppelt so groß wie die der weiblichen mit 8 243 498. Insgesamt wurden 1907 gezählt:

	männliche absolut	männliche in Proz.	weibliche absolut	weibliche in Proz.
Erwerbstätige im Hauptberuf	18 583 864	61,01	8 243 499	26,87
Dienende für häusliche Dienste	15 372	0,05	1 249 383	4,00
Angehörige	10 249 088	33,65	19 974 341	63,90
Berufslose, Selbständige	1 612 776	5,29	1 792 207	5,73
zusammen . . .	30 461 100	100,00	31 259 429	100,00

Fast 10 Millionen erwerbstätiger Frauen, einschließlich der Dienenden, das ist also das Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung, die damit allerdings in gründlicher Weise mit dem alten Ideal der „ins Haus gehörenden Frau" aufgeräumt hat. Wie will man angesichts der nackten Tatsache, daß heute bereits fast ein Drittel der weiblichen Gesamtbevölkerung, d. h. die Hälfte der weiblichen Erwachsenen (über 15 Jahre alten) Bevölkerung beruflich tätig ist, noch all die veralteten Konsequenzen aufrecht erhalten, die sich aus dem einstigen Hausfrauenideal ergaben: die Zurücksetzung und Bevormundung der Frau in wirtschaftlicher, in familienrechtlicher, in politischer Beziehung, in Hinsicht auf die Zulassung zum höheren Studium, zu höheren Beamtenstellungen usw.? Von großem Interesse dürfte es auch sein zu verfolgen, in welchem Verhältnis die Selbständigen sich unter den weiblichen Erwerbstätigen vermehrt haben, in welchem Verhältnis also die Frau an den leitenden Stellungen im Erwerbsleben beteiligt ist. Leider sind die betreffenden Zahlen noch nicht veröffentlicht. Dagegen ist aus den mitgeteilten Ziffern bereits ersichtlich, wie sich die Erwerbstätigen auf die einzelnen Berufsabteilungen verteilen: Es waren 1907 im Hauptberuf erwerbstätig:

	männlich absolut	männlich in Proz.	weiblich absulut	weiblich in Proz.
Land- u. Forstwirtschaft	5 284 271	28,4	4 598 986	55,9
Industrie einschließlich Bergbau	9 152 330	49,2	2 103 924	25,5
Handel und Verkehr .	2 546 253	13,8	931 373	11,3
Häusliche Dienste . .	150 791	0,8	320 904	3,9
Beamte u. freie Berufe	1 450 219	7,8	288 311	3,4
zusammen . . .	18 583 864	100,0	8 243 498	100,0

Hierzu kommen also noch 15 372 männliche und 1 249 383 weibliche im Haushalt der Herrschaft lebende Dienende. — Die Unterschiede sind in die Augen springend. Während von den männlichen Erwerbstätigen etwa die Hälfte in der Industrie und nur ein Viertel in der Landwirtschaft beschäftigt waren, war das Verhältnis bei den weiblichen gerade umgekehrt. Nicht weniger als 55,9 Proz. aller weiblichen Erwerbstätigen waren 1907 in der Landwirtschaft, Gärtnerei tätig. Im Handel ist das Verhältnis der beiden Geschlechter ungefähr das gleiche; dagegen überwiegen selbstverständlich die Frauen bei der Gruppe: Häusliche Dienste. Es ist jedenfalls beachtlich, daß auf dem Lande bereits etwa die Hälfte der weiblichen Bevölkerung berufstätig ist, von der weiblichen Industriebevölkerung aber erst etwas über ein Sechstel. Noch mehr als in der Stadt treibt die Not auf dem Lande die Arbeiter- oder Bauernfrau zum berufsmäßigen Mitverdienen.

Militärisches.

„Minderschwere" Soldatenmißhandlungen. Vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle stand der Sergeant Aßmuß vom Kürassier-Regiment in Halberstadt. Er hatte nach durchschwärmter Nacht eines Morgens im Stall einem Rekruten ohne Anlaß mit dem Reitstiefel einen Tritt gegen den Unterleib versetzt, der als „schmerzlos" empfunden wurde. Dann trat er nach einem zweiten Rekruten und versetzte diesem — ebenfalls unbegründet — mit dem Koppelschloß einen Schlag über den Kopf, so daß eine blutende Wunde entstand. Der Mann wurde zu 18 Tagen Mittelarrest verurteilt, da das Gericht die Fälle als „minderschwer" ansah.

Das Kriegsgericht zu Danzig verurteilte den Unteroffizier Schamp vom 128 Infanterie-Regiment, der einen Musketier wegen eines geringfügigen Vergehens mit Faustschlägen ins Gesicht und Genick und Fußtritten in den Rücken traktiert hatte, so daß der Aermste ohnmächtig wurde und einige Tage krank lag,

zu drei Monaten Gefängnis. Von Degradation wurde Abstand genommen, da in der Handlungsweise des Unteroffiziers eine ehrlose Gesinnung nicht zu erblicken sei.

Vermischtes.

Von der Luftschiffahrt. Friedrichshafen, 9. März. Das Reichsluftschiff „Zeppelin I" ist heute vormittag 9 Uhr 15 Minuten aufgestiegen. Das Wetter ist sehr günstig, es war fast windstill. Das Luftschiff fuhr zuerst von Manzell über die Stadt hinweg nach Friedrichshafen und wieder zurück. In den Gondeln befanden sich Major von Sperling und einige Offiziere des Luftschifferbataillons. Von den Angestellten des Grafen Zeppelin nahmen an der Fahrt teil Kapitän Hacker und Oberingenieur Dürr. Graf Zeppelin selbst ist nicht mit aufgestiegen.

Friedrichshafen, 9. März. Nachdem „Zeppelin I" etwa eine Stunde nach allen Richtungen über dem See gekreuzt hatte, kehrte er zurück. Die Landung vollzog sich glatt. Um 11 Uhr wurde eine zweite Fahrt unternommen. Die Fahrt dehnte sich diesmal bis Lindau aus. Sodann kreuzte das Luftschiff wieder über dem See. Nach wiederum einstündiger Fahrt kehrte „Zeppelin I" zurück und landete an der Ballonhalle. Um 2 Uhr mittags wurde ein dritter Aufstieg unternommen. Das Wetter ist sehr günstig, es ist fast windstill.

Beim Rodeln verunglückt. Frankfurt a. M., 9. März. Auf der Wiesbadener Rodelbahn verunglückte am Sonnabend auch noch eine Dame aus Mainz, sie erlitt einen schweren Beinbruch.

Böse Folgen einer Schlägerei. Frankfurt a. M., 9. März. Wie der Kl. Pr. aus Braubach mitgeteilt wird, entstand im nahen Dorfe Niederbachheim vorgestern Nacht zwischen jungen Burschen eine blutige Schlägerei, wobei der Knecht Laux erstochen wurde. Als der Tat dringend verdächtig wurde ein gewisser Barth aus Marienfeld verhaftet.

Ein Schauspieler als Messerstecher. Breslau, 9. März. Der Schauspieler Hofer, der die Soubrette Tharau durch Messerstiche schwer verletzte, konnte heute festgenommen werden. Nach Verübung des Anschlages war er entflohen und unternahm einen Selbstmordversuch. Leicht verletzt begab er sich nach dem Krankenhaus. Dort erschien die Polizei. Fräulein Tharau hat sieben Verletzungen erlitten, darunter drei, die sehr schwer sind. Bisher war sie noch nicht vernehmungsfähig.

Verbrannt. Zabrze, 9. März. Die Ehefrau des Bergmanns Slaby füllte eine Petroleumlampe, als dieselbe plötzlich explodierte. Die Mutter und die sie umstehenden Kinder wurden im Nu von den Flammen ergriffen. Ein fünfjähriges Mädchen und ein siebenjähriger Knabe waren sofort tot, die Mutter, die ihrer Niederkunft entgegensieht, liegt hoffnungslos darnieder.

Die Braut ermordet. Gleiwitz, 9. März. In dem benachbarten Pilchowitz wurde die Leiche der 20jährigen unverheirateten Marie Jaskulla gefunden, die seit Sonntag mit ihrem Liebhaber, dem Paprotny, verschwunden war. Die Leiche wies unzählige Messerstiche auf, Paprotny ist flüchtig. Er hat das Mädchen anscheinend deshalb getötet, weil das Verhältnis nicht ohne Folgen geblieben war.

Raubmord. Posen, 9. März. Im Goethepark ist in der letzten Nacht ein Raubmord verübt worden. Vorübergehende fanden morgens die Leiche eines gutgekleideten Herrn. Die nähere Untersuchung ergab, daß er erschossen und beraubt ist. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Beim Leichenschmaus vergiftet. Budapest, 9. März. In Totaradac vereinigten sich nach einem Leichenbegängnis 40 Personen zum üblichen Leichenschmaus. Hierbei wurden zwei Fässer Branntwein verkonsumiert, bis schließlich alle Teilnehmer tot oder bewußtlos dalagen. Als Hilfe herbeikam, waren 13 Personen bereits gestorben; vier Teilnehmer ringen mit dem Tode und auch die übrigen schweben noch in Lebensgefahr. Es wird angenommen, daß der Branntwein eine giftige Beimischung enthielt. Eine umfassende Untersuchung ist eingeleitet worden.

Die Affäre Steinheil. Paris, 9. März. Heute wurden dem Untersuchungsrichter André die vollständig zum Abschluß gebrachten Gutachten der Sachverständigen übergeben. Darnach stehe es außer Zweifel, daß die Ermordung Steinheils und der Frau Japy von wenigstens zwei Personen ausgeführt wurde.

Ein internationaler Fälscher verhaftet. Paris, 9. März. Die Polizei verhaftete gestern einen gewissen Laurs, welcher der Führer der internationalen Bande ist, die falsche Postanweisungen anfertigten und bereits große Summen auf diese Weise von der Post erschwindelt hatte. Laurs ist bereits vorbestraft und hat sich in Paris unter falschem Namen aufgehalten.

Schiffsunglück. Paris, 9. März. Der spanische Dampfer „Mauro" aus Bilbao lief gestern auf den Felsen Le Bouc bei Brest auf. Es erfolgte eine Kesselexplosion, und das Schiff verschwand in wenigen Augenblicken in den Wogen. Von der Mannschaft fehlt bis jetzt jede Spur.

Mord. London, 9. März. In Sunderland in der Nähe von London wurde der Geldverleiher Hermann Cohen von Unbekannten in seiner Wohnung überfallen und anscheinend durch Beilhiebe getötet. Da nichts in der Wohnung des Ermordeten zu fehlen schien, nimmt man an, daß die Täter es nicht auf einen Raub abgesehen hatten, sondern daß andere Beweggründe sie bei dieser schrecklichen Tat leiteten.

Ein Tornado. New-York, 9. März. In Arkansas sind bei einem Tornado zahlreiche Menschen ums Leben gekommen; die Ortschaft Frinkley wurde zerstört.

Letzte Nachrichten.

Kiel, 10. März. Zu den Unterschlagungen des Postassistenten Kühnemund ist nunmehr festgestellt, daß dieselben innerhalb sechs Tagen an amtlichen Geldern begangen worden sind und zwar in einer Gesamthöhe von 150 000 Mark.

Hamburg, 10. März. Gestern wurden hier 12 000 Bände des Peter Gantherschen Romans „Doppelte Moral" versteigert. Es wurden für den Band, den Ganther mit 7,50 Mk. ausgeboten hatte, 10 Pfg. erzielt.

Berlin, 10. März. Unter dem Verdachte fortgesetzter Erpressung und des Einbruchs ist der 30jährige Schneider Fritz Bernhard aus der Teltowerstraße verhaftet worden. Bernhard wohnte mit einem Arzt Dr. H. in einem Hause. In der Nachbarschaft munkelte man schon lange, daß beide Männer in sträflichem Verkehr zueinander ständen. Vor 14 Tagen starb D. H. im Krankenhause, nachdem er Gift genommen hatte. Jetzt wird Bernhard beschuldigt, ihn durch fortgesetzte Erpressungen in den Tod getrieben zu haben. Wie behauptet wird, hatte der Schneider den Mediziner so in der Hand, daß dieser, obwohl ein vermögender Mann, seinen wirtschaftlichen Untergang vor Augen hatte. Ende voriger Woche fand eine gerichtliche Nachlaßaufnahme in der Wohnung des Dr. H. statt. Hierbei ergab sich, daß der Schreibtisch erbrochen war.

Stendal, 10. März. An der Durchbruchstelle des neuen Deiches zwischen Räbel und Berge ist jetzt eine Baukommission von der Berliner Tiefbaugesellschaft eingetroffen. Sie hat gleich eine große Anzahl Arbeitskräfte angestellt zur Erbauung des vorläufigen Schutzdeiches. Bei der Durchbruchstelle des neuen Deiches bei Cannenberg sind zurzeit 107 Husaren sowie 80 Arbeiter beschäftigt, das Eis zu beseitigen und die Ebene, wo der neue Schutzdeich errichtet werden soll, zu planieren.

Lindau, 10. März. Neue gewaltige Schneefälle haben eine Unterbrechung des Zugverkehrs auf dem Simplon zur Folge gehabt. Seit zwei Tagen sind aus Italien keine Züge mehr in Lausanne eingetroffen. 35 Arbeiter, die von Lawinen verschüttet wurden, sind noch nicht ausgegraben. Zwei Tote wurden geborgen.

Graz, 10. März. Zwischen Tarvis in Kärnten und Pontebba in Oberitalien fuhr gestern eine Hilfsmaschine in eine Gruppe von Schneeschaufelern. 3 Arbeiter wurden sofort zermalmt.

Venedig, 10. März. Bei Belvedere wurden sechs Personen durch einen Lawinensturz getötet. Bei Corticello wurde durch eine Lawine das Kirchdach eingeschlagen und eine Person getötet. Noch schlimmer ist das Zodolotal in der Provinz Belluno heimgesucht worden. Dort wurden durch eine Lawine 18 Personen getötet. Die Leichen konnten geborgen werden. In Nordtirol herrscht seit zwei Tagen Tauwetter, das die Lawinengefahr vergrößert.

Bukarest, 10. März. Der Schnee hat in Rumänien große Verwüstungen angerichtet. Aus allen Teilen des Landes werden Ueberschwemmungen gemeldet. Besonders heimgesucht ist Jassy. Die Menschen flüchteten aus den Häusern, um das nackte Leben zu retten. Vom Hochwasser wurde viel Vieh fortgeschwemmt.

Gastein, 10. März. Bis gestern sind aus den Schneemassen der am Montag niedergegangenen Lawine 17 Tote ausgegraben worden, 14 Arbeiter wurden gerettet, 9 werden noch vermißt. Die Bergungsarbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt, obwohl wenig Hoffnung besteht, die Vermißten zu retten.

Brüssel, 10. März. Der belgische Leutnant Arnold, der frühere Distriktchef in Jagalla im Kongostaat, wurde vom Gericht in Molecu im Kongo zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Es wurden ihm nicht weniger als 22 Mordtaten an Negern, außerdem Plünderungen, Brandstiftungen und Grausamkeiten zur Last gelegt.

Paris, 10. März. Das Kriegsgericht in Oran verurteilte den Hauptangeklagten im Prozeß gegen die Fremdenlegionäre Pal dem Antrag des Staatsanwalts gemäß zu 20 Jahren Zwangsarbeit, Degradierung und nachträglicher Ausweisung aus Frankreich. Die übrigen 25 Angeklagten wurden zu weniger harten Strafen verurteilt.

Paris, 10. März. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer wurde der Einkommensteuerentwurf der Regierung mit einer Mehrheit von 241 Stimmen angenommen.

Vereins-Kalender.

Mittwoch.

Arbeiter-Sängervereinigung Bielefeld 8½ Uhr bei Schneider, Kampstraße.
Arb.-Gesangverein „Waldeslust" 9 Uhr bei Turhorn, Bleichstr.
Gesangverein „Liederblüte" 9 Uhr bei Hagemann, Heeperstraße.
„Sängerbain" 9 Uhr bei Kickert, Ehlentruppenweg.
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts" 8½ Uhr bei Freudenau, Heeperstraße. (Damen-Abteilung.)
Arbeiter-Turnverein „Westfalia" 8½ Uhr bei Holz, Restaurant zum Siegfried: Männer-Riege.
Radfahrerklub „Vorwärts" 9 Uhr bei Imkamp, Engerscheistr. 1.
Radfahrerverein „Dornberg" 8 Uhr bei Indiestei, Bürgerweg.
Radfahrerver. „Ruhig voran" bei Avenbrink, Herforderstr. 242.
Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Avenbrink.
Guttemplerorden. Loge Ravensberg. 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstraße 51.
Guttemplerloge „Frei und beständig" 8½ Uhr bei Viertmann, Bürgerweg 16.
Skatklub „Gut Glück" 9 Uhr bei Schneider, Kamphofstraße.
Sieker. Radfahrer-Verein „Corona" 9 Uhr bei Wöhler.
Sudbrak. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" (Altersriege) 9 Uhr bei Wirt Fohrmann.
Brackwede. Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Schildesche. Kegelklub „Freie Bahn" 9 Uhr bei Krämer.
„Eggetaler", 8½ Uhr bei G. Hartmann, Schillerstr. 75.
Schildesche. Arbeiter-Turnverein „Deutsche Eiche" 8 Uhr bei Lechterbeck.
Schildesche. Männergesangverein „Concordia" 9 Uhr bei W. Böse, Bielefelderstraße.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr
Oerlinghausen. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit" 9 Uhr bei C. Lücking
Herford. Arbeitergesangverein „Eintracht" 9 Uhr bei Winkelmann.
Schweicheln. Arbeitergesangverein „Frohsinn" 8½ Uhr bei Wirt Generotzky.
Oetinghausen. Arbeitergesangverein „Vorwärts" 8½ Uhr bei Wirt Düsdicker.
Bünde. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit" 9 Uhr bei Nübel.
Bünde. Arbeitergesangverein „Eintracht" 8½ Uhr bei Wirt Timmert.
Schötmar. Radfahrerverein „Wanderer" ½9 Uhr im „Tivoli".
Lage. Radfahrerverein „Schwalbe" 8½ Uhr bei Steinsiek.
Rehme. Arbeiter-Radfahrerverein „Bahn frei" 8½ Uhr bei Röbke.
Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.
Lübbecke. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" 9 Uhr bei Baumeister.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Notizbücher
in allen Größen
— gutes Papier —
zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht".

Die allerneuesten, besten und billigsten
Stahlfeder-Matratzen
kauft man in der Fabrik von
Mertens
Man verlange Offerte.
1395



Schlager-Programm!
Biotophon-Theater, Niedernstrasse 14.
Von heute ab:
Kunstfilm! Neuheit!
„Parzival". Sensationell!
Oper in 2 Abteilungen von P. Bailly und Richard Wagner.
Der erhabene Stoff dieser herrlichen Oper ist dem wunderbaren Sagenkreis vom heiligen Gral entnommen. Der Schönheit des Stoffes entsprechend ist die Form der Darstellung anschaulich und edel. Durch die diesem Kunstwerk eigene Symbolik sind Wert und Wirkung bedeutend erhöht.
Textbücher an der Theater-Kasse zu haben.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend!!
Neu! **Karneval-Pute.** Neu! (Humoristischer Schlager.)
Neu! **Der Sportsmann.** Neu! (Ausgezeichnete Burleske.)
Neu! **Adlerjagd.** Neu! (Wunderbare Aufnahme.)
Der Frühling ist da. Neu! (Humoristisch.)
Ansichten von Marseille. Neu! (Herrliche Naturaufnahme.) Neu!
Das schlechte Beispiel. Neu! (Lebensbild.)
Hervorragendes Drama. **Der Streikführer.** Neuheit!
— — (Ein Bild von wahrhaft ergreifender Wirkung.) — —
Acht Tage Abwesenheit. Neu! (Humoristisch.)
Der Weg zum Glück. Neu! (Drama. Herrlich koloriert.)
10 erstklassige Neuheiten. 1413
Jeden Sonntag und Mittwoch neues Programm.

„Ozonit"
Modernstes Waschmittel
Deutsches Reichspatent
gibt nach halbstündigem Kochen ohne Reiben und Bürsten blendend weisse, unverdorbene Wäsche und ersetzt die Rasenbleiche vollkommen. Für absolute Unschädlichkeit garantieren die Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) G. m. b. H. in Düsseldorf.

Nur solange Vorrat! **für 27 Pfg.** pro Pfund
Ia. Schweine-Klein-Fleisch
Köpfe und fleischige Pfoten, amtlich untersucht, von Landschweinen. Eimer 30 u. 50 Pfd. Postpaket M. 3.–. Alles ab Kiel. Nachnahme.
C. J. Michelsen, Kiel 183 (Holstein)



Phonographen von **4.50** an
Sonstige Apparate, Walzen, Platten, sowie alle Musik-Instr. in grösster Auswahl.
Fr. Werpel, Herford
Spezialgeschäft für Musik-Instrumente. [3960

Der beste Metall-Putz
In Dosen à 10 & 20 Pfg.
Globus-Putzextrakt
Überall erhältlich

annähernd gleiche Ergebnisse herausgekommen sein würden. Man könnte bei dem Verfahren, das die Regierung eingeschlagen hat, fast glauben, daß es nebenbei darauf eingerichtet wäre, die Kreise, die ein Interesse an der Beseitigung dieser Einrichtung zu haben glauben, in ihrer Forderung zu unterstützen.

* **Brackwede**, 9. März. Turnerisches. Am Freitag, 12. März, abends 8½ Uhr, findet im Lokale des Wirts W. Goldstein, Friedrichsdorferstraße, die Gründung einer Freien Turnerschaft statt. Die Frage: Ist Turnen gesund? braucht wohl hier nicht weiter erörtert zu werden. Es wird eine rege Beteiligung der Arbeiterschaft erwartet.

* **Herford**, 9. März. Der Ueberlandzentralen-Genossenschaft für die Kreise Herford, Minden, unter dem Namen „Minden-Ravensberger Elektrizitätswerk" vorige Woche begründet, gehören u. a. die Provinz Westfalen, die Kreise Minden und Herford und 27 Gemeinden und Städte an, auch die Stadt Oeynhausen ist jetzt beigetreten. Das Stammkapital beträgt 1 504 000 Mark. Als Leiter wurde Oberingenieur Hoffmann gewählt. Die Zentrale wird voraussichtlich in Kirchlengern errichtet werden.

* **Valdorf**, 9. März. Modernes Christentum. „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet". Dem obigen Ausspruch aus den Lehren des großen Nazareners zu folgen, wird selbst von seinen berufensten Vertretern, den „Dienern am Wort" keine Folge gegeben; sie sind immer gleich mit ihrem Richten und Verdammen bei der Hand, selbst da, wo die Schuld noch keineswegs feststeht. Erst vor kurzem mußten wir ja aus der hiesigen Gemeinde einen Fall berichten, wo der Seelsorger sein vorschnelles ungerechtfertigtes Urteil an geweihter Stelle vor versammelter Gemeinde zurücknehmen mußte, und auch heute haben wir wieder zu konstatieren, daß man das „Anathema" von seiten der Kirche ausgesprochen hat, ohne Beweise für die Schuld zu haben. Gilt schon allgemein in unserem „Rechtsstaate" der Grundsatz, daß ein „non liquet" (es ist nicht aufgeklärt) dem Beschuldigten zugute kommt, wieviel mehr sollte dieser Grundsatz doch Richtschnur sein für die angeblichen Nachfolger des Nazareners. — Wie auch in dieser Zeitung berichtet, wurde in den Trümmern des niedergebrannten Lückingschen Kolonatshauses in Valdorf eine Leiche gefunden, deren Identität nicht mehr festgestellt werden konnte, in welcher man aber die sterblichen Ueberreste des verschwundenen Fürsorgezöglings vermutete, von dem man annahm, daß er das Haus angezündet und sich dann erhängt habe, also ein Selbstmörder sei. Auf dieses Gerede hin nun hat man die gefundene Leiche ohne Geläut, ohne Begleitung eines Geistlichen in der Armensünderecke des Kirchhofes eingescharrt. Kein Aufgebot der Leiche in der Kirche ist erfolgt und keine Einsegnung der Leiche. Also, während die Behörde noch bemüht ist, Licht in die Sache zu bringen, ist die Kirche schon längst mit ihrem Urteil fertig. Es war ja ein Fürsorgezögling. Der Nazarener aber sagte: Alles was ihr nicht getan habt dem geringsten meiner Brüder usw.

* **Kirchlengern**, 9. März. Alle Genossen, welche noch im Besitz von Petitionsbogen sind, werden gebeten dieselben bis spätestens Sonntag, 14 d. M., abends, abzugeben.

* **Holzhausen**, 8. März. Am Montag, 1. dieses Monats, fand hier bei Herrn Otte eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung statt. Gauleiter Schlüter-Bielefeld referierte über den Berliner Tabakarbeiterkongreß und die Aussichten der Tabaksteuer im Reichstage.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 1. März zu Holzhausen stattgehabte Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzolles, sowie die Einführung der Banderolesteuer auf Zigarren wie überhaupt gegen jede Art der weiteren Besteuerung der Tabakfabrikate.

Die Regierung behauptet fortgesetzt, daß der Tabak ein entbehrliches Genußmittel sei; für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist er der unentbehrliche Rohstoff des Gewerbes. Steuererhöhungen, die eine Verteuerung dieses Genußmittels unzweifelhaft herbeiführen, haben eine Herabdrückung des Konsums zur Folge und bringen daher für die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben Beschäftigten: Arbeitslosigkeit und unberechenbare Lohnabzüge. Die Versammlung glaubt um so mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen jede weitere Mehrbelastung der Tabakindustrie,

1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächlicher und verkrüppelter Arbeiter Unterschlupf gefunden haben, die in keiner anderen Industrie sich zu ernähren imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden;
2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen und damit der Tabakarbeiterschaft im besonderen bewirkt worden ist;
3. weil die jetzige Steuergesetzgebung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, heute geradezu kümmerliche Löhne erhalten.

Nach den Feststellungen sämtlicher gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug der Verdienst eines Vollarbeiters im Jahre 1906 1027,59 Mark. Dagegen erreichte in demselben Jahre der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der Tabak- und Zigarrenindustrie nur die Höhe von 574,75 Mark, die Tabakarbeiter sind also viel ungünstiger gestellt als die übrigen Arbeiter Deutschlands. Von dem Segen der letzten Hochkonjunktur haben die Tabakarbeiter wenig zu kosten bekommen — für das Jahr 1900 betrug nämlich der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters im allgemeinen 896,59 Mark, der Durchschnittsverdienst eines Tabakarbeiters 541,08 Mark.

Eine neue Steuererhöhung muß selbstverständlich eine weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter herbeiführen.

Indem die heutige Versammlung aus allen diesen Gründen energisch gegen jede weitere Belastung der Tabakindustrie, welche den Ruin derselben zur Folge haben muß, protestiert, fordert sie von dem Deutschen Reichstag, daß derselbe klipp und klar gegen jede weitere Mehrbelastung der Tabakindustrie, gleichviel in welcher Form es auch sei, stimmen möge."

Kollege Kleine machte noch auf die im Umlauf befindliche Petition gegen die Tabaksteuer aufmerksam. Jeder müsse mit für eine massenhafte Unterzeichnung der Petitionsbogen sorgen.

* **Löhne**, 9. März. Oeffentliche politische Versammlung. Bekanntlich unterscheiden sich die Christlich-Sozialen bis dato von ihren konservativen Freunden durch getrennte Ansichten in der Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter. Die christlichen Gewerkschaftler sträubten sich dagegen, daß Gewerkschaftsversammlungen als politische angesehen und von den Polizeiorganen als solche behandelt wurden. Der „Ravensberger" aber vertritt im direkten Gegensatz dazu den Standpunkt der Reaktionäre und Scharfmacher. Unter der hochtönenden, fettgedruckten Ueberschrift „Oeffentliche politische Versammlung" kündigt er fortwährend in seinem redaktionellen Teile Zusammenkünfte streng interner Art, z. B. eine Mitgliederversammlung des christlichen Holzarbeiterverbandes, die meistens wohl nur Hebung rückständiger Beiträge bezweckt, an. Daß dieser kaum glaubliche Zustand bereits seit längerer Zeit besteht, ist ein Zeichen, daß dieses Blättchen auch in der eigenen Partei vollständig bedeutungslos ist und von den führenden Kreisen überhaupt nicht gelesen wird, oder aber, daß diese bereits jede Hoffnung aufgegeben haben, die Ungeschicklichkeiten des „Ravensberger" zu verbessern, und sich damit trösten, daß Ausführungen in einem Blatte, welches unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint, keinen Schaden anrichten können.

* **Rehme**, 9. März. In der Gemeinderatssitzung am 6. März waren 5 Vertreter anwesend. Ein Antrag des Herrn Timmerberg, Niederberen, die Gemeinde Rehme möge den Beitrag für das von ihm in Pflege genommene Fräulein Niestenditrich erhöhen, wurde angenommen und der Satz von 36 Mk. jährlich auf 48 Mk. erhöht. — Den Fall Dörsam wurde ein Gemeinderatsmitglied beauftragt, näher zu untersuchen, event. Dörsam wieder nach Rehme zu übernehmen. Zur Hebammenfrage wurde vorläufig von einer Neubesetzung einer Hebammenstelle abgesehen und der Hebamme Frau Eblers-Rehme, die für Labenhausen und Oberbexen angestellt ist, die Stelle für Rehme mit zu übertragen. Die Abrechnung von dem Wegebau Oberbexen bis Borwerk des Bauunternehmers Timmerberg - Niederbexen wurde geprüft und abgenommen. — Zum Ravensberger Denkmal wurden mit 4 gegen 1 Stimme 30 Mk. bewilligt. — Der Haushaltsplan für 1909 schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 61 833,40 Mk. ab. Es werden an Steuern 250 Prozent (im Vorjahre 185) Einkommen- und Grundsteuer, 340 Prozent (im Vorjahre 210) Gewerbe-, Betriebs- und Gebäudesteuer erhoben.

* **Schötmar**, 8. März. Von der Agitation unter den Zieglern. An verschiedenen Orten fanden dieser Tage Ziegler-Versammlungen statt, so in Ehrsen, Retzen, Knetterheide, Schötmar, Bexterhagen, Lockhausen und Lindemannsbusch. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, fast überall fanden die Referate ungeteilten Beifall. Es ließen sich in einer ganzen Reihe Ortschaften Kollegen in den Fabrikarbeiterverband aufnehmen. Genosse Berg kritisierte in scharfen Worten das Verhalten des Gewerkvereins und deren Führer. Es hatten sich auch die geistigen Führer des Gewerkvereins, Herren Kettmann-Detmold und Limberg, eingefunden, um noch zu retten, was zu retten war. Viel wird's nicht mehr sein. Wenn man auch zugeben muß, daß Herr Limberg sich bemühte, anständig zu diskutieren, so kann man dies von dem Herrn Feldwebel und Stadtverordneten Kettmann nicht sagen. Dieser Herr, der vom Ziegeln so viel versteht, wie die Kuh vom Sonntag, genierte sich nicht, in Retzen unsern Genossen Berg in geradezu flegelhafter Weise zu beschimpfen. In der Versammlung in Schötmar hatten sich die Christen 5 Mann verschrieben. Auch Herr Wehmeier-Bielefeld, seines Zeichens Vorsitzender des christlichen Kartells, der Mann von Göricke mit der traurigen Berühmtheit, war erschienen, um den christlichen Brüdern in Lippe beizustehen. Aber eine größere moralische Niederlage, als mit Herrn Wehmeier, hat der Gewerkverein wohl noch nie erlitten. Herr Wehmeier wird erfahren haben, daß auch in Schötmar die „Volkswacht" gelesen wird. Auch hier sind die Leute über das arbeiterverräterische Treiben dieses Christen unterrichtet. Herr Kettman hielt es für angebracht, Reichsverbandslügen vorzutragen, fiel damit aber gründlich hinein. Auch das Märchen von Singer mußte herhalten. Nach der Aufforderung, ob er das gesagte aufrecht erhalte, antwortete er mit ja, um es gleich nachher von seinem Freund Wehmeier widerrufen zu lassen. An der Dauer der Versammlung war nichts auszusetzen, sie währte von 8 bis 2 Uhr. Wir sind mit dem Verlauf der Versammlungen sehr zufrieden.

* **Lage**, 9. März. Arbeitergesangverein Lage. Die Sangesbrüder, die noch Mitglied des hier bestehenden Vereins sein wollen, werden zu Donnerstag, 11. d. M., abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Voß, Langestraße, zu einer Besprechung freundlich eingeladen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

* **Lage**, 9. März. Die auf heute abend angesetzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich mit der Weiterberatung des Stadthaushaltsplanes für 1909/10. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, teilt der Vorsitzende mit, daß Ratsherr Kanne seinen Vorstandsposten bei der höheren Knabenschule und der Bürgerschule niedergelegt hat. — Betreffs eines Ankaufes einer Gehbahnfläche, die zum Teil der Stadt gehört, während der andere Teil den Wallmeierschen Erben zusteht, schlägt der Magistrat einen Vergleich vor, der von den Stadtverordneten angenommen wird. — Die Ortsgruppe Lage der christlichen Bauhandwerker schlägt eine Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes vor und zwar in folgender Weise: für Arbeiter über 16 Jahren 2,50 Mark, unter 16 Jahren 1,50 Mark, für weibliche Arbeiter über 16 Jahren 1,90 Mark, unter 16 Jahren 1,20 Mark. — Hierauf wurde in die Etatberatung eingetreten und zwar bei der Position Ziegler-Gewerbe-Gericht. Verschiedene Stadtverordnete finden die Entschädigung für den Vorsitzenden zu hoch. Auch bei der Position „Gerichtsschreiber" werden die alten Klagen laut. Der Stadtsekretär Holzkämper sei für die Stadt notwendiger, als für das Gewerbegericht.

Stadtv. Ellerkamp möchte den Stadtsekretär nicht als Gerichtsschreiber missen, da dieser sich eingearbeitet habe. Er schlägt dann vor, die Stadt möge sich an den Landtag um jährliche Unterstützung wenden, da das Gericht doch eine staatliche und keine städtische Einrichtung sei. Schließlich wurde ein Antrag Bissemeyer angenommen, der dahin geht, die Stelle eines Gerichtsschreibers auszuschreiben. Der Titel wurde darauf angenommen. — Titel 10, Veräußerungen für verkaufte Grundstücke, wurde zurückgestellt. — Titel 11, für Armenzwecke, Titel 12, Ersatz für laufende Ausgaben, wurden angenommen. — Titel 13, Aus den Ueberschüssen der Sparkassenrechnung (29 000 Mark) wurde angenommen. Ebenso die sonstigen Einnahmen.

* **Detmold**, 9. März. Lipp. Landtag. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde u. a. der Antrag der Kommission zu der Eingabe der Stadtverordneten von Salzuflen, betr. Einführung eines Landesgesetzes über die Wertzuwachssteuer, angenommen. Danach wird die Eingabe der Regierung als Material für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs überwiesen. Mit Beziehung auf diesen Gesetzentwurf führte der Regierungsvertreter aus, daß die Vorarbeiten erledigt seien und daß die Regierung vielleicht noch in dieser Tagung mit der Vorlage an den Landtag kommen werde. Ueber den Inhalt könne er noch nichts näheres sagen, aber es sei vorgesehen, an dem Ertrage einzuführender Wertzuwachssteuerordnungen auch den Staat teilnehmen zu lassen. Von Mitgliedern der linken Seite des Landtags wurde die Dringlichkeit der Sache betont. Abgeordneter Schmuck wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft Salzuflens den größten Teil der von der Stadt für das Bad gemachten Aufwendungen zu tragen habe, und daß es unbedingt erforderlich sei, die Vorlage schleunigst einzubringen und zu verabschieden. — Nach den Ausführungen der Regierung läßt sich annehmen, daß der Landtag die Vorlage darüber schon in den nächsten Tagen erhält.

* **Hiddenhausen**, 8. März. Zur Tabaksteuerfrage. Kollege W. d'Arragon hat mal wieder etwas von sich hören lassen. In einer Versammlung der christlichen Tabakarbeiter hat er über den großen Erfolg der christlichen Deputation in Berlin berichtet. Zugleich erklärte er, daß der Tabakarbeiterkongreß nur geschadet habe. Den Bericht über den Tabakarbeiterkongreß sollte er doch denjenigen überlassen, die dort waren und sich nicht in geistige Unkosten stürzen. Den Erfolg der Deputation kennen wir. Die Liberalen haben die Herren Deputierten so behandelt, wie sie es verdienten, und den Erfolg bei den Konservativen erkennt man ja an dem Auftreten des Abgeordneten Kreth, der in der Kommission jetzt für die Banderolesteuer eintritt. Also, Kollege W. d'Arragon, nicht mal bei Euern Verbündeten, den Konservativen, habt Ihr den geringsten Erfolg gehabt. Mit dem Hute in der Hand vor diesen Herren macht man keine Politik.

Die christlichen Tabakarbeiter sind den Konservativen nur gut genug bei der Reichs- und Landtagswahl. Wären die Christen ruhig zu Hause geblieben. Sie haben als Bittende mehr geschadet als genützt.

* **Hamm**, 8. März. Die Klage der Witwen von „Radbod". Am 6. März haben acht Witwen der bei der „Radbod"-Katastrophe verunglückten Bergarbeiter beim Landgericht Dortmund die Klage eingereicht. Die Witwen handeln im Auftrage der letzten Witwenversammlung, die von etwa fünf Sechstel der gesamten Witwen besucht war. Die Klage richtet sich gegen das Hammer Hilfskomitee, an dessen Spitze der Oberbürgermeister von Hamm steht. Dieses Komitee bildete sich unmittelbar nach der Katastrophe und sammelte dann 1½ Millionen, die es an das Zentral-Hilfskomitee, das vom Oberpräsidenten geleitet wird, abführte. Das Zentralkomitee hat aus der Spende eine Rente festgesetzt, nach der jede Witwe monatlich 12,50 Mk. und ferner jedes Kind 6,25 Mk. erhält. Ausbezahlt ist heute, vier Monate nach dem Unglück, bis auf eine Weihnachtsunterstützung, noch nichts. Die Witwen, die zum Teil nur eine Rente von 1 Mk. pro Tag beziehen, halten die Rentenfestsetzung des Zentralkomitees für unzureichend. Sie fordern in ihrer Klage, entweder die volle Auszahlung der ganzen Spende oder eine derartige Erhöhung der Rente, daß während der mutmaßlichen Lebensdauer der Hinterbliebenen das Kapital aufgezehrt wird. Wie die Klage ausführt, würde nach der Rentenfestsetzung des Zentral-Hilfskomitees noch das volle Kapital vorhanden sein, wenn die Hinterbliebenen verstorben sind. Nach der Sachlage, so heißt es in der Klage weiter, insbesondere auch nach dem Inhalte des von dem Hammer Komitee erlassenen Aufrufs, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es die Absicht der Spender gewesen ist, Gelder zu geben, die unverkürzt an die Hinterbliebenen verteilt werden sollten. Nach der Lebenserfahrung hat kein Spender daran gedacht, den Hinterbliebenen nur die Zinsen der gesammelten Beträge zukommen zu lassen, es sollte vielmehr die augenblickliche Not durch sofortige Maßnahmen gelindert werden. Die von dem Komitee beabsichtigte Verteilung der Spende entspricht also sicherlich dem zu vermutenden Willen der Geber nicht. Die Spender werden ausnahmslos gewollt haben, daß die gespendeten Beiträge, sei es in Teilzahlungen oder in irgendeiner anderen Form, jedenfalls aber unverkürzt, den Hinterbliebenen zufließen sollten. Darum fordert der Klageantrag in erster Linie die Auszahlung der Gelder, während der Eventualantrag den Standpunkt vertritt, daß die Sammler mindestens verpflichtet sind, Kapital und Zinsen der eingegangenen Gelder den Hinterbliebenen unverkürzt zufließen zu lassen und nicht für Zwecke zu verwenden, an die die Spender gar nicht gedacht haben können.

Die „Rhein.-Westf. Ztg." läßt sich dazu aus Hamm schreiben:

„Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, in welcher Höhe sich die Unterstützungen der Witwen bewegen. Nach Angaben der Knappschaftsberufsgenossenschaft beziehen an gesetzlichen Renten 31 Witwen mit mehreren Kindern eine Jahresrente von 1000—1100 Mk., 112 Witwen mit mehreren Kindern 900 bis 1000 Mk., 2 Witwen mit mehreren Kindern 800—900 Mk., vier Witwen mit mehreren Kindern 700—800 Mk., 32 Witwen mit 1 Kinde 600—700 Mk., 1 Witwe mit einem Kinde 573,12 Mk., eine Witwe mit einem Kinde 476,40 Mk., 46 alleinstehende Witwen 300—400 Mk., 2 alleinstehende Witwen 275,88 Mk., eine alleinstehende Witwe 238,20 Mk. Im Durchschnitt entfallen auf jede Familie 739,15 Mk. Dazu kommen die Zusatzrenten aus der allgemeinen Sammlung. Sie betragen für jede Witwe 150 Mk., für jedes Kind 75 Mk. Da die Zahl der Kinder 598 (außer 8 Vollwaisen, die je 150 Mk. erhalten) beträgt, so erhöht sich der durchschnittlich auf jede Familie entfallende Betrag an jährlicher Rente um 343,30 Mk. auf rund 1082 Mk. Mit 3 Ausnahmen erhalten die 49 kinderlosen Witwen eine Jahresrente von 450—550 Mk., von den 3 übrigen erhält die am schlechtesten gestellte 388,20 Mk. 32 Witwen mit einem Kinde erhalten 825 bis 925 Mk., zwei Witwen mit einem Kinde erhalten 701,40 Mk. bezw. 798,12 Mk. Alle übrigen Witwen beziehen je nach Zahl der Kinder eine Jahresrente von 1000—1500 Mk. Mehr als 1500 Mk. soll die von einer Witwe bezogene Jahresrente nach einem Beschlusse des Zentralhilfskomitees nicht betragen. Aus der Kronprinzensammlung erhalten die Witwen und Kinder außerdem eine einmalige Unterstützung von rund 230 Mk.

Ferner erhalten die Kinder bei der Kommunion oder Konfirmation 50 Mk., sowie Töchter im Falle der Verheiratung und Söhne beim Eintritt ins Militär je 200 Mk. Die Kinderrenten erlöschen mit Vollendung des 16. Lebensjahres, die Renten der Witwen bei einer Wiederverheiratung; doch wird eine Abfindungssumme von 300 Mk. gezahlt. Aus alledem erhellt, daß die Höhe der Unterstützungen und die Art und Weise ihrer Verteilung eine solche ist, daß sie jeder Rechtdenkende gutheißen muß. Die Behauptung, daß dieser Verteilungsmodus nicht dem Willen der Spender entspreche, müßte erst erwiesen werden. Wenn irgend etwas, so hat gerade der Verlauf der drei Protestversammlungen der Witwen klar vor Augen geführt, daß eine sofortige Auszahlung des gesamten Geldes durchaus nicht im Interesse der Hinterbliebenen sein würde."

* **Solingen**, 8. März. Daß die Talsperren sich beim Hochwasser im Februar bestens bewährt und durch die Zurückhaltung bedeutender Wassermassen erheblichen Schaden verhütet haben, wird durch eingehende Untersuchungen des Betriebsleiters der Wuppertalsperrengenossenschaft bestätigt. Dieser hat berechnet, daß die sechs größeren Talsperren im Wuppergebiet an den Hochwassertagen zusammen mindestens 8 Millionen Kubikmeter Wasser zurückgehalten haben, davon am 4. und 5. Februar allein 5 669 500 Kubikmeter, nämlich in der Lingesetalsperre 815 000, Neyetalsperre 940 000, Bevertalsperre 1 875 000, Barmer Talsperre 480 500, Remscheider (Eschbach-) Talsperre 465 000 und in der Solinger Talsperre 1 094 000 Kubikmeter. Er kommt zu dem Schlusse, daß, wenn die von den Talsperren oberhalb Barmen-Elberfeld zurückgehaltenen Wassermassen zur Zeit der höchsten Flutwelle noch zu den Wassermassen der Wupper zugeflossen sein würden, die Flutwelle der Wupper noch bedeutend gestiegen wäre und im ganzen Wuppertale, namentlich in Elberfeld und Barmen, großen Schaden angerichtet hätte. Selbst in Elberfeld-Barmen, wo der Wupperlauf reguliert ist, hätte eine Ueberflutung der Straßen, Häuser und Keller eintreten müssen. Eine weitere Zusammenstellung des Betriebsleiters zeigt die großen Unterschiede, die an den verschiedensten Stellen des Wuppergebietes bezüglich der Niederschlagshöhe in den Hochwassertagen festgestellt wurden. An der Lingesetalsperre betrugen die Niederschläge vom 3. bis 6. Februar 124,4 Millimeter, an der Neyetalsperre vom 3. bis 5. Februar 155,8, an der Bevertalsperre vom 3. bis 6. 135, in Lennep vom 3. bis 6. 175,6, an der Barmer Talsperre vom 4. bis 6. 138,1, in der Stadt Barmen vom 4. bis 6. 108,1, an der Remscheider Talsperre vom 3. bis 5. 146, in Remscheid vom 3. bis 5. 122,6, an der Solinger Talsperre vom 3. bis 6. 281,5 und in der Stadt Solingen vom 3. bis 6. 217,1 Millimeter. Daß im Solinger Wuppergebiet die Niederschläge bedeutend höher waren als im oberen Wuppergebiet wird auf den Unterschied der Lufttemperatur zurückgeführt. An der unteren Wupper herrschte eine wesentlich höhere Temperatur als beispielsweise an der Lingese- und Bevertalsperre. (Rh.-W. Ztg.)

Gerichtliches.

Erfurt, 10. März. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Militäreffektenfabrikanten Heinemann wegen gewerbsmäßiger Hehlerei bei den Massendiebstählen in der Lingenschen Schuhfabrik zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Boykott und Landfriedensbruch. Wegen Landfriedensbruchs standen die Arbeiter Spiese und Gädicke von Holzweissig bei Bitterfeld vor der Strafkammer. Gelegentlich des Lokalboykotts hatte ein reichstreuer Bäckergeselle eines Abends auf der Straße aus einem Revolver einen „Schreckschuß" abgegeben. Daraufhin soll ein Steinhagel gegen den Schießlustigen losgegangen sein. Der Staatsanwalt konstruierte daraus die „Zusammenrottung" und das Handeln „mit vereinten Kräften". Beantragt wurden je sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erachtete aber nur Gädicke der „Zusammenrottung zur Begehung von Gewalttätigkeiten" für überführt; er wurde zu der niedrigst zulässigen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

M., Münster. Eignet sich nicht zur Veröffentlichung.

H., Salzuflen. Ja. Genosse Schädlich kommt.

Nach Gütersloh. Unentgeltlich. Der Hinweis muß nur jedesmal früh genug eingesandt werden.

Briefkasten der Expedition.

W. E., Detmold. Ihre Karte haben wir der Post übergeben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs**, für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher**, beide in Bielefeld.

100 M. kann eine jede Hausfrau mit Leichtigkeit verdienen durch gute Führung des Haushaltes, ohne sich Einschränkungen aufzuerlegen. Kaufen Sie eine Postkarte **für** 5 ₰. Schreiben Sie diese an die Firma Jurgens & Prinzen, Goch (die Fabrikanten der beliebten Margarine-Spezialitäten Rheinperle und Solo in Carton) und ersuchen Sie um Gratis-Zusendung der vornehm ausgestatteten Aufklärungs-Broschüre über Margarine. **5 ₰.**

Dalli-Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Deutscher Transportarbeiter-Verband,

Zahlstelle Bielefeld.

Freitag, 12. März, abends 8 Uhr, im Restaurant **Stadt Bielefeld,** Marktstraße 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung im Lokal.

1411 **Der Vorstand.**

Arnold Heine
Kaiserstrasse I.

Anfertigung
eleganter Herren-Moden
nach Mass.
Grosse Auswahl moderner Stoffe.
Weitgehendste Garantie für guten Sitz.
Billigste Preise. 1403

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der **„Volkswacht“.**

Konfirmanden-Hüte
in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.
F. Kleinemeyer,
Grösstes Spezialputzgeschäft am Platze. 1405

Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, abends 6½ Uhr, in der Zentralhalle: [1408

Vertrauensmänner-Sitzung.

Verlobte
versäumen nicht
vollständige 1394
Wohnungs-Einrichtungen
zu besichtigen bei
Mertens
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Eigene Tischlerei.

Stadttheater.

Heute, abends 7½ Uhr:

=Moral.=

Im Berliner Kleinen Theater bereits über hundertmal vor ausverkauften Häusern gegeben.

Donnerstag, 11. März, abds. 7½ Uhr: Erhöhte Preise!

Erstes außerordentl. Gastspiel der Herzogl. Meiningisch. Hofschauspielerin **Auguste Prasch-Grevenberg**

Novität! Première!

„Die fremde Frau“.
(La femme X....)

Hochzeits-Einladungen
liefert **Buchdruckerei Volkswacht.**

Paletots, Anzüge
auf [1111
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12 a.

In der Buchhandlung „Volkswacht“, Bielefeld, Schulstr. 20,

ist an **Broschüren-** und **Flugschriften-Literatur** vorrätig:

Das Kommunistische Manifest. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Pr. 10 ₰, Porto 5 ₰.
Die Entwicklung des Sozialismus. Von Friedr. Engels. Preis 40 ₰, Porto 5 ₰.
Die historische Leistung von Karl Marx. Von Karl Kautsky. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Die Zukunft der Sozialdemokratie. Von J. Dietzgen. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Egoismus u. Sozialismus. Von E. Hoffmann. Pr. 25 ₰, Porto 5 ₰.
Ethik und Sozialismus. Von Anton Pannekoek. Preis 30 ₰, Porto 5 ₰.
Ziele und Wege. Preis 20 ₰, Porto 5 ₰.
Kapitalismus, Sozialismus und Ethik. Von L. Kaguz, Pfr. Preis 25 ₰, Porto 3 ₰.
Die soziale Revolution. Von K. Kautsky. I. Sozialreform und soziale Revolution. Preis 40 ₰, Porto 5 ₰. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Kautsky. Preis 75 ₰, Porto 5 ₰.
Sozialdemokratie und Antisemitismus. Von Aug. Bebel. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik. Von August Erdmann. Preis 35 ₰, Porto 3 ₰.
Patriotismus und Sozialdemokratie. Von K. Kautsky. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Christentum und Sozialismus. Von A. Bebel. Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.
Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Von Karl Kautsky. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Die Religion der Sozialdemokratie. Von Jos. Dietzgen. Preis 25 ₰, Porto 5 ₰.
Die wahre Gestalt des Christentums. Von Yves Guyot und Sigismund Lacrois. Preis 50 ₰, Porto 5 ₰.
Religion ist Privatsache. Von Fr. Stampfer. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde. Von Paul Göhre. Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.
Gott? Von J. Stern. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Ist Rabbi Jeschua Gottes Sohn? Von Jul. Lederer. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Sozialdemokratie und antikirchliche Propaganda. Von Herm. Wendel. Preis 20 ₰, Porto 5 ₰.
Der Mensch und seine Götter. Von Jul. Lederer. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Von Wilh. Gewehr. Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.
Der Kampf um eine Weltanschauung. Von Pfarrer C. Tinthauser. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Darwins Leben und Lehre. Von Ludwig Ankenbrand. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Marxsche Werttheorie. Von Paul Fischer. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Der Kampf der Arbeiter. Von Anton Pannekoek. Preis 20 ₰, Porto 5 ₰.
Der Klassenkampf des Proletariats. Von Parvus. Preis 15 ₰, Porto 3 ₰.
Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Von Dr. August Müller. Preis 30 ₰, Porto 5 ₰.
Landarbeiter und Sozialdemokratie. Von Luise Zietz. Preis 20 ₰, Porto 5 ₰.
Die kapitalistische Produktion u. das Proletariat. Von Parvus. Preis 30 ₰, Porto 5 ₰.
Lohn, Preis und Profit. Von Karl Marx, übersetzt von E. R. Bernstein. Preis 20 ₰, Porto 5 ₰.
Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise. Von Max Schippel. Preis 50 ₰, Porto 5 ₰.
Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus. Von Parvus. Preis 25 ₰, Porto 5 ₰.
Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Von August Bebel. Preis 1 M, Porto 10 ₰.
Das persönliche Regiment vor dem deutschen Reichstag. Preis 25 ₰, Porto 10 ₰.
Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament. Preis 50 ₰, Porto 5 ₰.
Die preußischen Landtagswahlen. Von Dr. Leo Arons. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Wahlrecht u. Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Gegen Volksverdummung, Volksknebelung, Volksausbeutung. Preis 20 ₰, Porto 5 ₰.
Der preußische Volksschulgesetzentwurf. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Die Volksschule, wie sie ist. Von O. Rühle. Pr. 30 ₰, Porto 3 ₰.
Die Volksschule, wie sie sein soll. Von O. Rühle. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Sozialdemokratie und Schule. Von Heinr. Schulz. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Die Schulfrage. Von Clara Zetkin. Preis 15 ₰, Porto 3 ₰.
Schule, Kirche, Arbeiter. Von P. Göhre. Preis 15 ₰, Porto 3 ₰.
Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? Von Julian Borchardt. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.
Die Mutter als Erzieherin. Von Heinr. Schulz. Preis 50 ₰, Porto 10 ₰.
Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge. Von Otto Rühle. Preis 20 ₰ Porto 3 ₰.
Was hat der Vater seinem achtzehnjährigen Sohne zu sagen? Von Dr. C. Navarini. Preis 50 ₰, Porto 3 ₰.
Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation. Von L. Frank. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Das Weib, sein unglückliches Schicksal in der gegenwärtigen Gesellschaft. Preis 40 ₰, Porto 5 ₰.
Welchen Wert hat die Bildung f. d. Arbeiterin? Von Wally Zepler. Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.
Zur Frage d. Frauenwahlrechts. Von Clara Zetkin. Preis 50 ₰, Porto 10 ₰.
Die Mutterschafts-Versicherung. Von Lily Braun. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Das Elend des Strafvollzuges. Von G. Gradnauer. Preis 50 ₰, Porto 5 ₰.
Alkoholfrage und Sozialdemokratie. Von Emanuel Wurm. Preis 30 ₰, Porto 5 ₰.
Wie werbe ich Abstinent? Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.
Schutz gegen Krankheitsgefahr. Preis 20 ₰, Porto 3 ₰.
Einführung in die Nationalökonomie. Von Julian Borchardt. Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.
Referenten-Führer. Von Ed. David. Preis 1,50 M, Porto 10 ₰.
Zeitungs-Fremdwörter und politische Schlagwörter. Von Ad. Braun. Preis 30 ₰, Porto 3 ₰.

Phönix-Nähmaschinen
liefert **billigst** ohne Zwischenhändler seit 14 Jahren zu leichten Zahlungsbedingungen
Aug. Hagemeier
Niederwall. 1021
Grosses Lager
vorzüglicher **Fahrräder, Strickmaschinen, Wasch- u. Wringmaschinen.**
Reparatur-Werkstatt.



Trinkt Aha's Excelsior! 1113

10 Pfg. [1414* kostet 1 Pfd. blutfrische, grüne Heringe bei Clemens Rose, Arndtstraße 36.

Geschäfts-Uebernahme.

Allen meinen Freunden und Gönnern zur gefälligen Anzeige, daß ich die [1406*

Stehbierhalle „Zur Hölle“

Klosterplatz und Ritterstraße, übernommen habe und bitte ich, mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen.

Achtungsvoll **Walter Krümpelmann.**

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Lehmann & Assmy, Spremberg i. L., bei. 1404

Poesie-Alben
in grosser u. schöner
:: Auswahl vorrätig ::
in der
Buchhandlung „Volkswacht“
Schulstrasse 20.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Empfehle

meine Bettfedern-Reinigungsmaschine zum Umfüllen und Reinigen der Betten. M. Schöneberg, Brackwede. [6787

Zigarren 1063*

und Zigaretten in nur guten Qualitäten empfiehlt E. Schröder, Wartehalle zum Kleinbahnhof.

Herde,

Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt C. Brakemeier Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 570

Kleiderschränke

von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 3 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [949

Gelegenheitskauf.

2 Anzüge, 1 Paletot, 2 Hosen, 1 Gasherd 3flammig, wenig gebraucht, billig zu verkaufen. Oberntorwall Nr. 26. [1412*

Apfelsinen

12 Stück 25 Pfg. Hille. [1409*

Eier

Pfd. 60 Pfg. Hille. 1410*

Bettstelle, 1384*

2schläfig, mit Matratze, für 20 Mk., 1 neuer Dampfbadekasten für 10 Mk zu verkaufen. Bürgerweg 86, I r.

Wohnungen

von 3 und 4 Räumen in allen Preislagen, zum 1. April oder später zu vermieten. F. Manter, Mellerstraße Nr. 59 a. 1407

[1112
Möbel
auf
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12 a.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 59.

Die heutige Nummer

Die Eröffnung

Mittwoch wird das Parlame
dem es am 5. Februar nach Ho
fragt sich aber vergeblich, was
ßung der Session erreicht hat.
peten nicht wieder in Aktion tre
rem Kraftaufwand durchzusetzen
zu regieren, wagt auch Herr v.
auch sonderbar ausnehmen, wer
mentarische Bewilligung der A
Wirklichkeit war aber gerade d
regieren, der eigentliche Gru
Man wollte einmal dem Parl
oder vielleicht auch nur ankündi
mag das Wasser im Munde zus
danken, daß man dem Parlam
Darauf deuten verschiedene Um
liche Komödie mit den Hausdu
radikalen, die man geheimer a
schuldigte. Nun sind die tschechi
wirklich so dumm, die Rekruten
lassen, u. a. dazu, daß sie mit
rücken oder panslawistische Lied
gemeiniglich nicht durch Hausdu
gesehen davon, daß der Proze
Parlaments nicht beendet sein
tschechischradikalen Abgeordnete
zusetzen wäre.

Daß man daran dachte, das
geht aber noch viel deutlicher da
die Kosten des Aehrenth
einzubringen versucht. G
rung mit der Mitteilung überra
scheine im Betrage von 22
jähriger Laufzeit ausgebe. D
die Regierung daraus ab, daß
verschiedensten Zwecken Anleihen
Renten aufzunehmen wären. D
Rentenkurs die Ausgabe von
nüge sich“ die Regierung derz
in der Form der Schatzscheine.
in den letzten fünf Jahren eine
sen und hierfür der Regierun
Renten zur Beschaffung des
Investitionen wurden nur zum
griff genommen, so daß auch
wurde. Der bosnische Feldzug
von Millionen gekostet
die Kriegsgefahr dazu benutzt,
gationen die Armee vollständig
Kosten wurde aus den Kassenb
nisterien genommen, ein Teil
bezahlt werden, die das Parla
straßen, für Flußregulierungen,
sonstige Investitionen (darunter
für militärische Ausrüstung 72
dem man die Kassenbestände, d
gangenheit, einfach ausgeplünde
nexion zu bezahlen, will man z
für zukünftige Investitionen
Die Regierung beruft sich bei
darauf, daß diese Anleihen für
bewilligt seien, ihre offiziösen
denken gegen die Verfassungsm
mit, daß die „äußeren Umstän
Anleihen erforderten; sie geben
Wasserstraßen und B
für die Bezahlung de
verwendet wird.

In Wirklichkeit ist die
dieser Schatzscheine kan
des Parlaments lautet ausdrück
ten, so daß jede andere Art de
zulässig ist. Die Offiziösen ver
nur auf die dringende Notwend
höchstens noch darauf, daß in de
Renten die der Ausgabe von S

So wird denn die erste Auf
die Regierung für diesen Vers
zu ziehen, wie es überhaupt vo
Regierung Bienerth, di
führen und in ihrer Unfähigkei
lichen Faktoren nachgibt, zu F
ist nur möglich, wenn das Parla
ist. Die Obstruktion gibt der
einen Schein von Recht, die
dieses Ministerium. Denn
Tagesordnung verbarrikadieren
trutenkontingents unmöglich m
mit Fug und Recht darauf ber
nem Parlament verpflichtet i
haben, oder gar verpflichtet i
Abgeordnete (soviel genügen z
keitsanträgen) ihr Schwierigkei
man der Regierung benehmen.
offener Schlacht besieg
stürzt werden können, wenn
Denn Herr v. Bienerth
Parlament, und er wäre i
wenn die Tschechischradikalen
macherei nicht die Möglichkeit
möglich bringt nun auch bei de
sicht durch, daß die Obstruktio
rung, sondern nur eine Ausred

Das Parlament wird vor
zu erledigen haben; es wird g
beiten wieder auf den alten S
zu bringen. So lange wird
können. Wenn die Osterglocke
schlagen.